

1 Bevölkerung und Demografie

Auszug aus dem
Datenreport 2021



Bevölkerung und Demografie

1.1 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung

Claire Grobecker, Elle Krack-Roberg, Olga Pötzsch, Bettina Sommer

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Wie viele Menschen leben in Deutschland? Wo wohnen sie und wie alt sind sie? Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage gesicherter bevölkerungsstatistischer Angaben getroffen werden können. Für die Wirtschaft sind demografische Daten von Bedeutung, da sie Grundinformationen über die Menschen als Arbeitskräfte, Einkommensbezieherinnen und -bezieher sowie Konsumentinnen und Konsumenten liefern.

Hinter den Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebenseinstellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegeln sich zum Beispiel in den Zahlen der Eheschließungen und -scheidungen sowie der Lebenspartnerschaften, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße auch die Einstellungen in der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wider. Der Altersaufbau einer Bevölkerung wird von diesen Lebenseinstellungen mitbestimmt. Er hat zugleich direkte Auswirkungen auf die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Menschen und be-

einflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise. ▶ [Info 1](#)

Weitere Informationen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund bietet Kapitel 1.2, Seite 30. Daten zur Lebenssituation von Geflüchteten enthält Kapitel 8.3, Seite 286.

1.1.1 Bevölkerungsstand

Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung lebten Ende 2019 in Deutschland rund 83,2 Millionen Menschen, davon waren 49,3 % männlich und 50,7 % weiblich. Gegenüber 2018 ist die Bevölkerungszahl damit um 147 000 Einwohnerinnen und Einwohner beziehungsweise um 0,2 % gewachsen. Rund 66,9 Millionen Personen (81 %) lebten im früheren Bundesgebiet, 12,5 Millionen (15 %) in den neuen Bundesländern und 3,7 Millionen (4,4 %) in Berlin. Die bevölkerungsreichsten Länder waren Nordrhein-Westfalen (17,9 Millionen Personen), Bayern (13,1 Millionen) und Baden-Württemberg (11,1 Millionen). In diesen drei Bundesländern lebten rund 51 % der Bevölkerung Deutschlands. Die Hälfte der Bundesländer hatte dagegen weniger als 3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. ▶ [Tab 1](#)

Mit 83,2 Millionen hatte Deutschland Ende 2019 rund 13,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner mehr als 1950.



83 167 000

Personen lebten 2019 in Deutschland.

► Info 1

Datenquellen der Bevölkerungsstatistik und Gebietsstände

Die Bevölkerungszahl wird durch die Bevölkerungsfortschreibung nachgewiesen: Auf den Ergebnissen des letzten Zensus (»Volkszählung«) aufbauend führen die statistischen Ämter auf Gemeindeebene die Fortschreibung des Bevölkerungsstands durch. Dies erfolgt anhand einer Bilanzierung der gemeldeten Geburten (+) und Sterbefälle (-) sowie der gemeldeten Zuzüge (+) und Fortzüge (-). Die Bevölkerungszahlen werden nach jedem Zensus (zuletzt am 9. Mai 2011) ab dem Zensusstichtag umgestellt. Die Bevölkerungsfortschreibung liefert außerdem demografische Grunddaten über die gesamte Bevölkerung wie Geschlecht, Alter, Familienstand und Staatsangehörigkeit.

Für die ehemalige DDR liegen in der Bevölkerungsstatistik im Wesentlichen vergleichbare Angaben vor. Seit 2001 werden in der amtlichen Statistik grundsätzlich nur noch Daten für Berlin insgesamt nachgewiesen. Soweit bei Bevölkerungsangaben noch ein getrennter Nachweis für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder erfolgt, ist Berlin nicht enthalten.

Die Bevölkerungsstatistik gehört zu den traditionsreichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik. Die Statistiken werden seit 1950 in der jetzigen Form geführt, die Zeitreihen gehen teilweise bis ins 19. Jahrhundert zurück.

Die Entwicklung des Bevölkerungsstands seit Berichtsjahr 2016 ist aufgrund methodischer Änderungen bei der Wanderungsstatistik, technischer Weiterentwicklungen der Datenlieferungen aus dem Meldewesen sowie der Umstellung auf ein neues statistisches Aufbereitungsverfahren nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Erläuterungen dazu finden sich auf www.destatis.de im Themenbereich »Bevölkerung > Bevölkerungsstand«.

In West- und Ostdeutschland hat sich die Einwohnerzahl jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Im früheren Bundesgebiet stieg sie zwischen 1950 und 1973 infolge des sogenannten Babybooms und der Zuwanderung von 51,0 Millionen auf 62,1 Millionen. Gleichzeitig ging sie in der ehemaligen DDR von 18,4 Millionen auf 17,0 Millionen zurück. Die Einwohnerzahl stabilisierte sich danach zwischen 61 Millionen und 62 Millionen im Westen sowie zwischen 16 Millionen und 17 Millionen im Osten. ► [Tab 2](#)

Seit Ende 1990, dem Jahr der deutschen Vereinigung, stieg die Einwohnerzahl Deutschlands von 79,8 Millionen zunächst bis Ende 2002 auf 82,5 Millionen Personen (+ 2,8 Millionen Personen). Bis 2010 folgte dann ein Rückgang der Bevölkerungszahl. Ab 2011 stieg die Einwohnerzahl wieder an. Dies spiegelt sich jedoch für das Jahr 2011 nicht in Tabelle 2 wider, da der Zensus 2011 zu einer Revision der Zahl um 1,5 Millionen Personen nach unten führte.

Die Jahre 2014 bis 2016 verzeichneten aufgrund der sehr starken Zuwanderung einen hohen Bevölkerungszuwachs mit einem Spitzenwert im Jahr 2015 (+ 978 000 Personen). Auch in den Jahren 2017 und 2018 blieb der Bevölkerungszuwachs auf hohem Niveau (2017: + 271 000; 2018: + 227 000 Personen). Im Jahr 2019 fiel der Zuwachs etwas geringer aus (+ 147 500). Insgesamt ist die Bevölkerung Deutschlands in den Jahren 2014 bis 2019 um 2,4 Millionen Personen (+ 3,0 %) gewachsen.

Regionale Bevölkerungsverteilung und Besiedlungsdichte

Die demografische Entwicklung fällt regional sehr unterschiedlich aus. Zum einen hat sich der Bevölkerungszuwachs zwischen 2014 und 2019 auf die Städte konzentriert: Im Jahr 2014 lebten 55,8 Millionen Menschen in Gemeinden, die weniger als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner hatten. Bis Ende 2019 stieg die Einwohnerzahl dieser Gemeinden um 1,8 %, das sind 1,0 Millionen Menschen. Die Bevölkerung der Städte ab 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner wuchs in dieser Zeit um 3,7 % auf 26,3 Millionen (+ 1,0 Millionen). Zum anderen setzten sich die unterschiedlichen Entwicklungen im Westen und im Osten nach der deutschen Vereinigung fort. So stieg die Bevölkerungszahl im früheren Bundesgebiet – mit Ausnahme der Jahre 2006 bis 2009 – kontinuierlich an, und zwar um insgesamt 8,8 % (5,4 Millionen Personen). Die neuen Bundesländer verzeichneten dagegen seit 1990 – mit Ausnahme der Jahre 2014 und 2015 – durchgehend einen Bevölkerungsrückgang, nämlich um insgesamt 15,1 % (2,2 Millionen Personen). In Berlin gab es bis 2005 abwechselnde Phasen von Bevölkerungszuwachs und -rückgang und seit 2005 eine stetige Steigerung (siehe Tabelle 2).

Der Bevölkerungszahl entsprechend änderte sich auch die Bevölkerungsdichte in beiden Teilen Deutschlands. Im früheren Bundesgebiet und Berlin-West stieg die Einwohnerzahl je Quadratkilometer im Zeitraum von 1950 bis 1973 von 202 auf 250 deutlich an, ging danach bis

► Tab 1 Bundesländer mit Regierungssitz nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte 2019

	Fläche	Bevölkerung			je km ²
		insgesamt	Männer	Frauen	
	in 1 000 km ²	in 1 000			
Baden-Württemberg (Stuttgart)	35,7	11 100	5 516	5 584	311
Bayern (München)	70,5	13 125	6 508	6 617	186
Berlin (Berlin)	0,9	3 669	1 804	1 865	4 090
Brandenburg (Potsdam)	29,7	2 522	1 244	1 278	85
Bremen (Bremen)	0,4	681	337	344	1 624
Hamburg (Hamburg)	0,8	1 847	904	943	2 446
Hessen (Wiesbaden)	21,1	6 288	3 105	3 183	298
Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin)	23,3	1 608	793	816	69
Niedersachsen (Hannover)	47,7	7 994	3 948	4 046	168
Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf)	34,1	17 947	8 806	9 141	526
Rheinland-Pfalz (Mainz)	19,9	4 094	2 023	2 071	206
Saarland (Saarbrücken)	2,6	987	484	502	384
Sachsen (Dresden)	18,4	4 072	2 007	2 065	221
Sachsen-Anhalt (Magdeburg)	20,5	2 195	1 080	1 115	107
Schleswig-Holstein (Kiel)	15,8	2 904	1 423	1 481	184
Thüringen (Erfurt)	16,2	2 133	1 056	1 077	132
Deutschland (Berlin)	357,6	83 167	41 038	42 129	233

Siehe Info 1.

 Datenbasis: Bevölkerungsfortschreibung (Bevölkerung) und Gemeindeverzeichnis-Informationssystem GV-ISys (Fläche, Bevölkerung je km²)

► Tab 2 Bevölkerungsentwicklung – in Tausend

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹	Neue Länder ²	Berlin
1950	69 346	50 958	18 388	–
1960	73 147	55 958	17 188	–
1970	78 069	61 001	17 068	–
1980	78 397	61 658	16 740	–
1990	79 753	63 726	16 028	3 434
2000	82 260	67 140	15 120	3 382
2010	81 752	65 426	12 865	3 461
2011 ³	80 328	64 429	12 573	3 326
2015	82 176	66 057	12 598	3 520
2016 ⁴	82 522	66 365	12 581	3 575
2017 ⁴	82 792	66 608	12 571	3 613
2018	83 019	66 823	12 551	3 645
2019	83 167	66 967	12 530	3 669

Ergebnisse aus der Bevölkerungsfortschreibung am 31.12. des jeweiligen Jahres. Seit Berichtsjahr 2011 auf Grundlage des Zensus 2011.

¹ Seit 2001 ohne Berlin-West.

² Seit 2001 ohne Berlin-Ost.

³ Umstellung der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

⁴ Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen ist bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar (siehe Info 1).

Es kommt zu Einschränkungen bei der Genauigkeit der Ergebnisse 2016.

– Nichts vorhanden.

Datenbasis: Bevölkerungsfortschreibung

1984/1985 auf 245 leicht zurück und stieg nach der deutschen Vereinigung bis auf 270 Personen je Quadratkilometer im Jahr 2000. Seit 2001 stagniert die Bevölkerungsdichte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) zwischen 263 und 264 Personen je Quadratkilometer. Für 2019 wurde im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) eine Einwohnerdichte von 269 ermittelt. Im Gebiet der neuen Länder und Berlin-Ost verringerte sich dieser Wert zwischen 1950 und 1990 von 171 auf 148 Personen je Quadratkilometer. Ab 2001 sank die Bevölkerungsdichte in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) weiter von 127 auf 116 Personen je Quadratkilometer im Jahr 2019.

Für Deutschland insgesamt lag die Einwohnerdichte Ende 2019 bei 233 Personen je Quadratkilometer. Am dichtesten be-

► **Tab 3** Großstädte mit den höchsten Bevölkerungszahlen und der höchsten Bevölkerungsdichte 2019

	Stadt	Bevölkerung in 1 000	Stadt	Bevölkerung je km ²
1	Berlin	3 669	München	4 777
2	Hamburg	1 847	Berlin	4 118
3	München	1 484	Frankfurt	3 074
4	Köln	1 088	Stuttgart	3 067
5	Frankfurt am Main	763	Herne	3 043
6	Stuttgart	636	Offenbach am Main	2 903
7	Düsseldorf	622	Düsseldorf	2 860
8	Leipzig	593	Nürnberg	2 780
9	Dortmund	588	Essen	2 771
10	Essen	583	Oberhausen	2 734
11	Bremen	568	Köln	2 686
12	Dresden	557	Eppelheim	2 680
13	Hannover	537	Hannover	2 628
14	Nürnberg	518	Bochum	2 510
15	Duisburg	499	Gelsenkirchen	2 474

Siehe Info 1.
Datenbasis: Bevölkerungsfortschreibung (Bevölkerung) und Gemeindeverzeichnis-Informationssystem GV-ISys (Fläche, Bevölkerung je km²)

siedelt waren die Stadtstaaten (Berlin: 4 090 Personen je Quadratkilometer, Hamburg: 2 446, Bremen: 1 624). Die geringste Besiedlung je Quadratkilometer wiesen die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern (69 Personen), Brandenburg (85 Personen) und Sachsen-Anhalt (107 Personen) auf (siehe Tabelle 1). Die Bevölkerungsdichte nach Regionen zeigt der Regionalatlas (www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Visualisiert/RegionalatlasAktuell.html) in interaktiven Karten.

Ende 2019 gab es in Deutschland 10 799 politisch selbstständige Gemeinden und damit 215 (oder 2 %) weniger als Ende 2018. Es gab 2 414 Gemeinden (ohne Berlin) in den neuen Bundesländern und 8 384 Gemeinden im früheren Bundesgebiet.

Aus der Verteilung der Einwohnerinnen und Einwohner auf Gemeindegrößenklassen ergibt sich für 2019, dass 5 % der Bevölkerung Deutschlands in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, 35 % in Gemeinden mit 2 000 bis unter 20 000 Personen und 27 % in Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Personen lebten. Auf Großstädte (Gemeinden mit 100 000 oder

mehr Personen) entfielen 32 % der Bevölkerung. Die Städte mit den höchsten Einwohnerzahlen waren in abnehmender Reihenfolge Berlin, Hamburg und München. Betrachtet man die Städte mit der höchsten Bevölkerungsdichte, lagen an vorderster Stelle München, Berlin und Frankfurt am Main. ► [Tab 3](#)

1.1.2 Altersaufbau, Geburtenentwicklung und Lebenserwartung

Altersaufbau

Die Zahl der Geburten beeinflusst unmittelbar den Altersaufbau der Bevölkerung. Außerdem besteht eine Wechselwirkung zwischen der Stärke eines Altersjahrgangs und den Geburten sowie Sterbezahlen: Zum einen beeinflusst die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle in bestimmten Zeiträumen. Gleichzeitig wirken sich wiederum die Veränderungen von Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit auch auf die Stärke der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen zu einer Verschiebung der Anteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung. Ein zusätzlicher Faktor ist die Zu- und Ab-

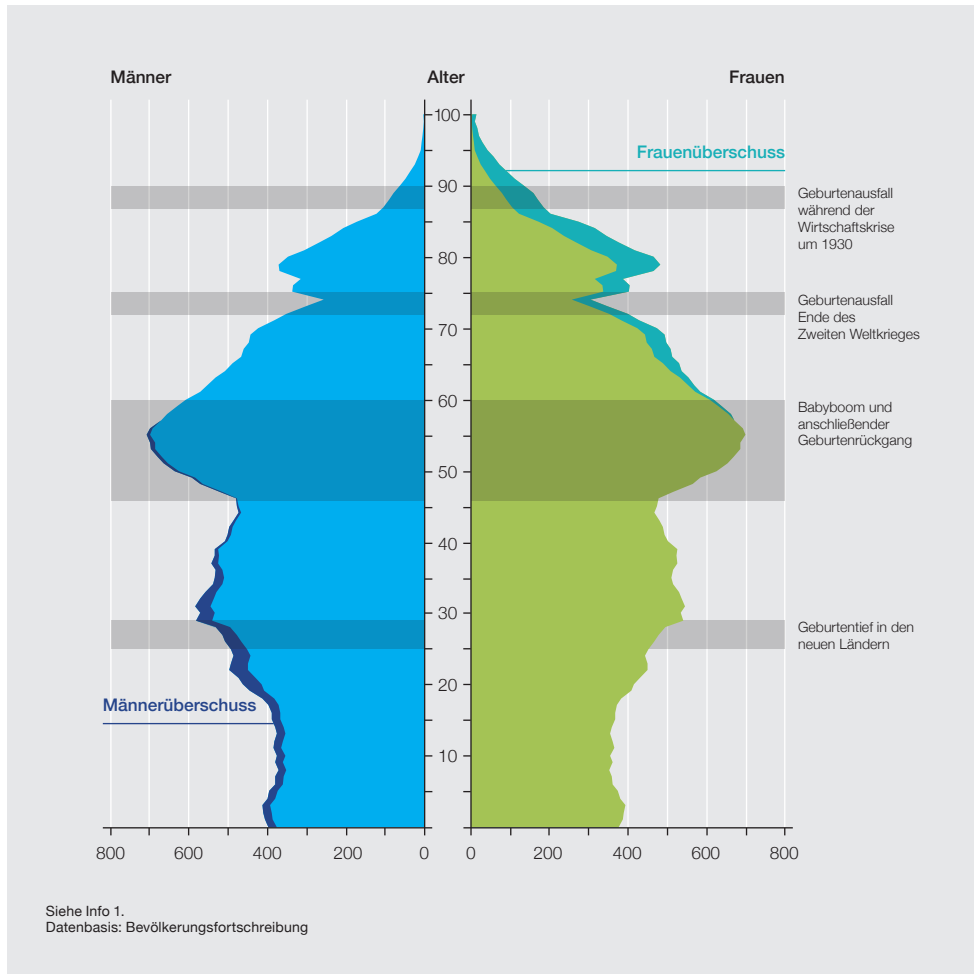
wanderung, da meist junge Erwachsene zu- oder abwandern. In Deutschland führen diese verschiedenen Faktoren insgesamt dazu, dass die Gruppe der Kinder und Jugendlichen kleiner wird und die Gruppe der Menschen im Rentenalter wächst, während sich der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter – derzeit – wenig verändert. Entgegen diesem Trend erhöhte sich 2015 und 2016 infolge der starken Zuwanderung von jungen Menschen der Anteil der Kinder und Jugendlichen leicht.

Den Altersaufbau der Bevölkerung und dessen Veränderungen veranschaulicht Abbildung 1. Dabei zeigt sich deutlich, wie die Basis der Bevölkerungspyramide – also die neuen Generationen – schmaler wird, während die stärksten Jahrgänge zwischen 50 und 60 Jahre alt sind. ► [Abb 1](#), [Info 2](#)

Im Jahr 2019 betrug in Deutschland der Anteil der Heranwachsenden (unter 20-Jährige) an der Bevölkerung 18 %. Auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (hier: 20 bis 64 Jahre) entfielen 60 % und der Seniorenanteil (65-Jährige und Ältere) lag bei 22 %. Rund 7 % der Bevölkerung waren hochbetagt, das heißt 80 Jahre oder älter. Der Jugendquotient (Zahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren) lag bei 31 und somit unter dem Altenquotienten (Zahl der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren) mit 36. Im Jahr 1950 lag der Jugendquotient noch bei 51 und der Altenquotient bei 16. Seit 2006 übersteigt der Altenquotient jedoch den Jugendquotienten (siehe auch Abschnitt 1.1.4, Seite 25). ► [Tab 4](#), [Info 3](#), [Abb 2](#)

Beim Altersaufbau gibt es ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern (jeweils ohne Berlin). So lag 2019 der Anteil der Seniorinnen und Senioren in den neuen Bundesländern bereits bei 26 % (21 % im früheren Bundesgebiet), der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren fiel mit 17 % dagegen niedriger aus (19 % im früheren Bundesgebiet). In Berlin lebten Ende 2019 verhältnismäßig weniger Seniorinnen und Senioren (19 %), dagegen war der Anteil

▶ Abb 1 Altersaufbau der Bevölkerung 2019 – in Tausend Personen je Altersjahr



▶ Info 2

Bevölkerungspyramide

Um den Altersaufbau der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet die Statistik eine grafische Darstellungsform, die als Bevölkerungspyramide bezeichnet wird, auch wenn sie – für Deutschland betrachtet – längst keine Pyramidenform mehr hat. So gleicht sie heute optisch eher einer »zerzausten Wettertanne«, wie sie einmal bildhaft beschrieben wurde.

Eine interaktive Bevölkerungspyramide auf www.destatis.de ermöglicht es, die Veränderung der Altersstruktur im Zeitraum zwischen 1950 und 2060 zu verfolgen und dabei einen bestimmten Geburtsjahrgang zu beobachten. Die Anwendung basiert auf den Ergebnissen der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland.

der 20- bis 64-Jährigen mit 63 % höher als im restlichen Bundesgebiet.

In Deutschland werden etwa 5 % mehr Jungen als Mädchen geboren. Im Jahr 2019 kamen im Durchschnitt auf 100 neugeborene Mädchen 105 Jungen. Da Männer statistisch gesehen nicht so alt werden wie Frauen, verändern sich die Anteile von Frauen und Männern mit den Altersgruppen. Einen weiteren Faktor stellt die Zuwanderung dar, weil junge Männer im Vergleich zur in Deutschland lebenden Bevölkerung unter den Zuwanderern überrepräsentiert sind. Dies führt dazu, dass bis zu einem Alter von 57 Jahren der Männeranteil überwiegt und der Männerüberhang am stärksten in der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen ist. In der

Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen befinden sich ungefähr gleich viele Männer wie Frauen. In den höheren Altersgruppen überwiegen dann zunehmend Frauen: In der Gruppe der 60- bis 69-Jährigen sind es 52 %, bei den 70- bis 79-Jährigen 54 % und bei den 80-jährigen oder älteren Personen sogar 62 %. Gründe für den geringeren Männeranteil in den höchsten Altersgruppen sind neben der höheren Lebenserwartung von Frauen auch heute noch die starken Männerverluste durch den Zweiten Weltkrieg. Mit den nachlassenden demografischen Auswirkungen des Krieges steigt mittlerweile aber auch der Anteil der Männer an den Hochbetagten (27 % im Jahr 2000; 38 % im Jahr 2019).

Geburtenentwicklung

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren in Deutschland durch hohe Geburtenzahlen geprägt. Ab 1947 wurden deutlich mehr Geburten als Sterbefälle registriert. Der darauffolgende Babyboom wandelte sich Ende der 1960er Jahre zu einem starken Rückgang der Geburten. Die Zahl der lebend geborenen Kinder ging vom Höchststand im Jahr 1964 (1,36 Millionen) bis auf 782 000 im Jahr 1975 zurück. Danach gab es von 1976 bis 1990 einen Anstieg der jährlichen Geburtenzahlen von 798 000 auf 906 000. Seit 1997 (812 000 Geburten) war wieder ein kontinuierlicher Geburtenrückgang zu beobachten. Im Jahr 2005 wurden erstmals unter 700 000 Kinder

► **Tab 4** Entwicklung der Altersstruktur

	Jugendquotient ¹	Altenquotient ²
1950	50,8	16,3
1960	47,3	19,3
1970	53,4	24,6
1980	46,3	26,9
1990	34,2	23,6
2000	34,0	26,8
2010	30,3	33,8
2011 ³	30,3	33,9
2015	30,3	34,7
2016 ⁴	30,6	35,2
2017 ⁴	30,6	35,5
2018	30,7	35,9
2019	30,8	36,4

Am 31.12. des jeweiligen Jahres.

1 Altersgruppe der unter 20-Jährigen bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen.

2 Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen.

3 Umstellung der Bevölkerungsfortschreibung auf die Grundlage des Zensus 2011.

4 Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen ist bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar (siehe Info 1). Es kommt zu Einschränkungen bei der Genauigkeit der Ergebnisse 2016.

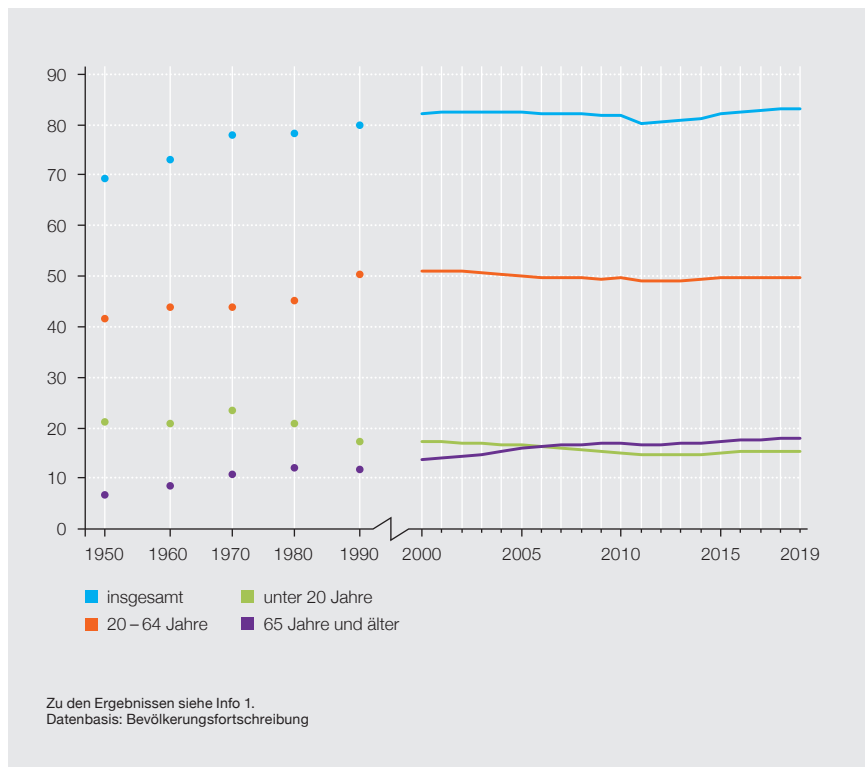
Datenbasis: Bevölkerungsfortschreibung

► **Info 3**

Jugendquotient, Altenquotient und Gesamtquotient

Neben der absoluten Zahl der Bevölkerung in einem bestimmten Alter ist die Beziehung zwischen den verschiedenen Altersgruppen ein Charakteristikum des Alterungsprozesses. Wird der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die jüngere Bevölkerung – für deren Aufwachsen, Erziehung und Ausbildung gesorgt werden muss – gegenübergestellt, so ergibt sich der Jugendquotient. Wird die Zahl der Personen im Rentenalter, also der potenziellen Empfänger von Leistungen der Rentenversicherung oder anderer Alterssicherungssysteme, auf die Zahl der Personen im Erwerbsalter bezogen, ergibt sich der Altenquotient. Beide Quotienten zusammen addieren sich zum Gesamtquotienten. Dieser zeigt auf, in welchem Ausmaß die mittlere Altersgruppe sowohl für die jüngere als auch für die ältere Bevölkerung, die beide nicht im Erwerbsleben stehen, im weitesten Sinne zu sorgen hat. Für die Abgrenzung des erwerbsfähigen Alters wird hier die Altersspanne von 20 bis 64 Jahren gewählt, da in dieser Lebensphase die meisten Menschen erwerbstätig sind.

► **Abb 2** Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen – in Millionen



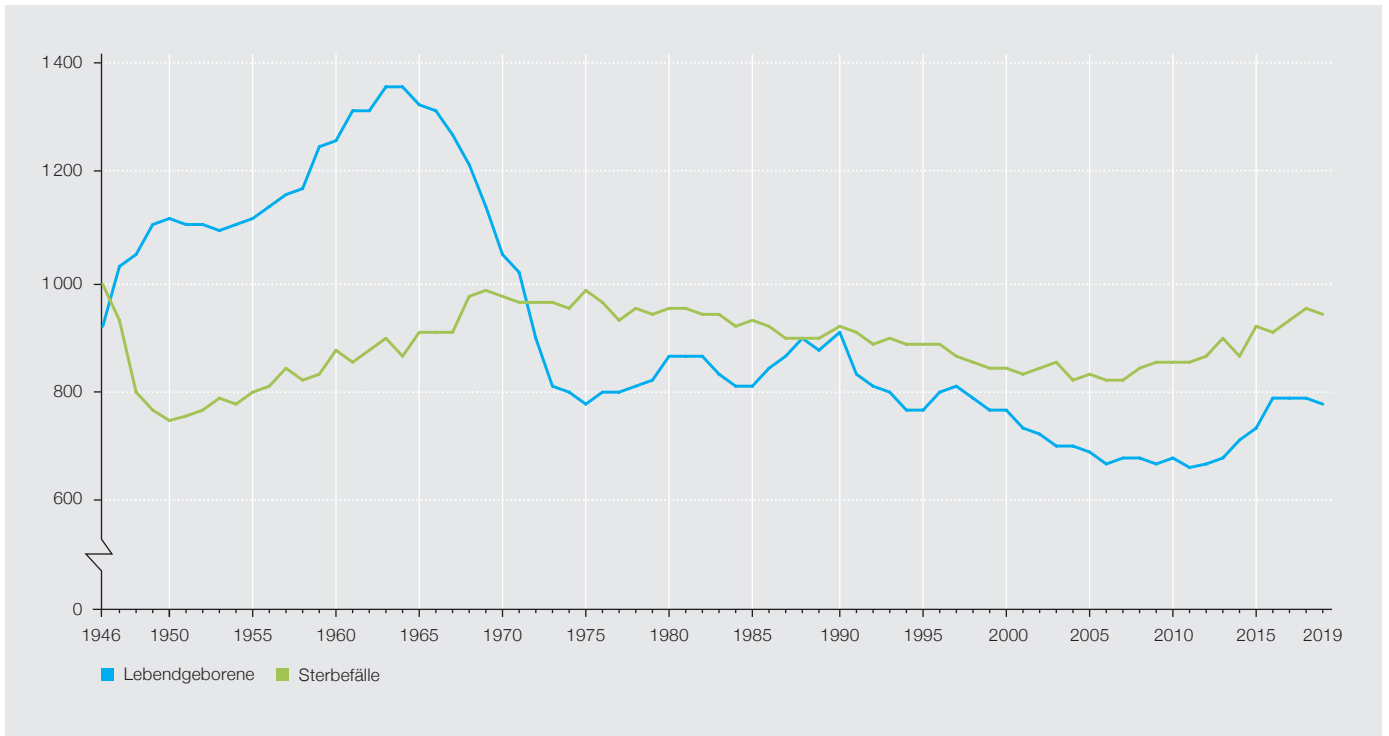
geboren und im Jahr 2011 wurde mit 663 000 Neugeborenen die niedrigste Geburtenzahl seit 1946 registriert. Im Jahr 2019 lag die Zahl der Geburten mit 778 000 wieder deutlich höher. ► [Abb 3](#)

Der Geburtenrückgang bewirkte, dass seit 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren wurden als Menschen starben. Im Jahr 2019 war die Anzahl der Geborenen um 161 000 kleiner als die Zahl der Sterbefälle.

Geburtenhäufigkeit im Zeitverlauf

Die Zahl der geborenen Kinder hängt einerseits von der Anzahl potenzieller Eltern und andererseits von der relativen Geburtenhäufigkeit (Fertilität) der Frauen ab. Die Veränderung der Geburtenhäufigkeit von Jahr zu Jahr wird mit der zusammengefassten Geburtenziffer (total fertility rate, TFR) gemessen. In Westdeutschland verringerte sich diese ab Mitte der 1960er-Jahre stark und stabilisierte sich ab Ende der 1970er-Jahre auf niedrigem Niveau. Die zusammengefasste Geburtenziffer betrug hier fast 40 Jahre lang rechnerisch 1,3 bis 1,4 Kinder je Frau; im Jahr 2014 erreichte sie erstmals wieder knapp 1,5 Kinder je Frau. In der ehemaligen DDR war es in den 1970er-Jahren auch zu einem starken Rückgang der Geburtenhäufigkeit gekommen, dem aber bald ein Anstieg folgte. Bis Mitte der 1980er-Jahre verringerte sich die Geburtenhäufigkeit hier wieder. Anfang der 1990er-Jahre kam es nach der deutschen Vereinigung zu einem vorübergehend starken Einbruch der Geburtenzahlen in den neuen Ländern, der mit den Unsicherheiten des Transformationsprozesses zusammenhing. Seit 1995 stieg die zusammengefasste Geburtenziffer in den ostdeutschen Flächenländern fast kontinuierlich. Im Jahr 2019 betrug sie in West- und Ostdeutschland (ohne Berlin) jeweils 1,56 Kinder je Frau. Da in Berlin aber die Geburtenhäufigkeit deutlich niedriger war (1,41 Kindern je Frau), lag die Ziffer für Gesamtdeutschland mit 1,54 Kindern je Frau unterhalb dieses Niveaus. Eine höhere Geburtenziffer hatte es zuletzt 1972 gegeben. ► [Abb 4](#)

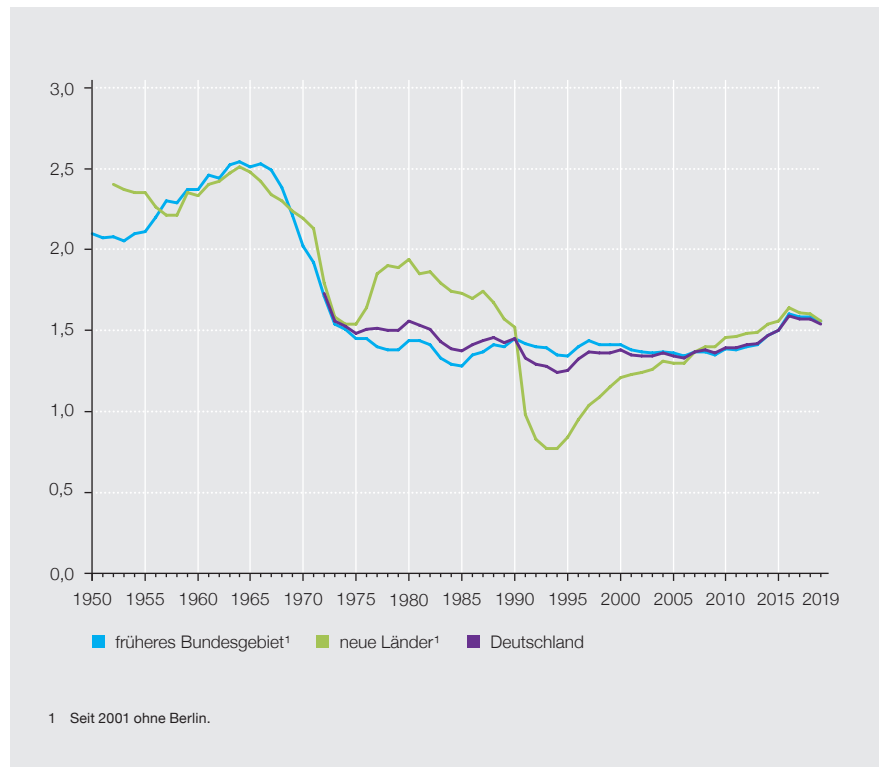
► **Abb 3 Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland – in Tausend**



Endgültige Kinderzahl je Frau

Wie sich Veränderungen in der Geburtenhäufigkeit auf die durchschnittliche Zahl der Kinder auswirken, die Frauen im Lauf ihres Lebens bekommen, zeigt die endgültige Kinderzahl je Frau. Die in den 1930er-Jahren geborenen Frauen – zum Großteil die Mütter der Babyboom-Generation – haben durchschnittlich mehr als zwei Kinder geboren. Ihre Familiengründungsphase fiel in die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs der 1950er- und 1960er-Jahre. Bereits bei den in den 1930er-Jahren geborenen Frauen zeichnete sich jedoch ein Rückgang der endgültigen Kinderzahl je Frau ab. Besonders schnell sank diese zwischen den Geburtsjahrgängen 1934 und 1944, als immer weniger Frauen sich für ein viertes oder weiteres Kind entschieden haben. Anschließend stabilisierte sich die Kinderzahl je Mutter bei rund zwei Kindern. Zugleich stieg aber der Anteil der Frauen, die kein Kind geboren haben (zur Entwicklung der Kinderlosigkeit siehe Kapitel 2.4, Seite 75).

► **Abb 4 Zusammengefasste Geburtenziffer – Kinder je Frau**



Die zunehmende Kinderlosigkeit hat zu einem kontinuierlichen Rückgang der endgültigen Kinderzahl je Frau beigetragen, die bei den Frauen des Jahrgangs 1968 ihren historischen Tiefststand mit knapp 1,5 Kindern je Frau erreicht hat. Die in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre geborenen Frauen haben bereits bis zum Jahr 2019 – im Alter zwischen 39 und 48 Jahren – durchschnittlich mehr Kinder geboren als Frauen des Jahrgangs 1968. Hierfür sind im Wesentlichen zwei Faktoren ausschlaggebend: Zum einen nahm die Geburtenhäufigkeit der Frauen im Alter ab 30 Jahren deutlich zu. Unter insgesamt günstigen wirtschaftlichen und familienpolitischen Rahmenbedingungen wurden die bis dahin noch nicht erfüllten Kinderwünsche realisiert. Zum anderen hat sich die Fertilität dieser Jahrgänge im jüngeren gebärfähigen Alter bis 29 Jahre stabilisiert. Einer der Gründe für diese Stabilisierung sind die Zuwanderinnen, die bei der Geburt ihrer Kinder tendenziell jünger als die deutschen Frauen sind. ▶ [Abb 5](#)

Zeitpunkt der Familiengründung

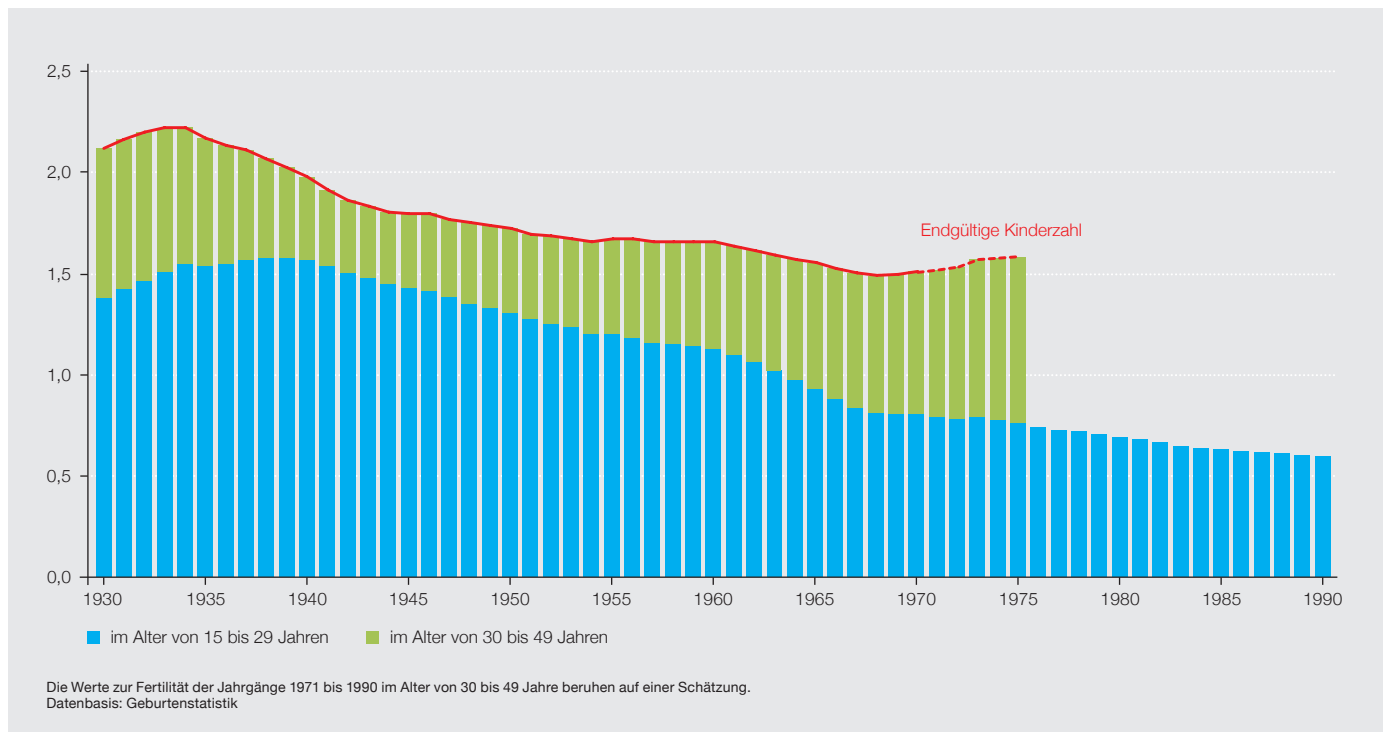
Der Trend zur späteren Familiengründung kennzeichnet wesentlich das Geburtenverhalten der letzten vier Jahrzehnte. Der Anteil der Frauen, die noch vor ihrem 30. Geburtstag das erste Kind bekommen, nimmt weiter ab. Anfang der 1970er-Jahre waren Frauen im früheren Bundesgebiet bei der ersten Geburt durchschnittlich etwa 24 Jahre alt, im Jahr 2019 waren sie 30 und damit sechs Jahre älter. Die ostdeutschen Frauen waren bis zum Ende der 1980er-Jahre bei der ersten Geburt im Durchschnitt mit 23 Jahren sehr jung. Nach der deutschen Vereinigung stieg das Alter bei der Familiengründung in den neuen Ländern umso schneller. Im Jahr 2019 bekamen die Frauen in Ostdeutschland ihr erstes Kind durchschnittlich im Alter von rund 29 Jahren, also sechs Jahre später als noch im Jahr 1989. Im bundesdeutschen Durchschnitt waren 2019 die Mütter beim ersten Kind 30 Jahre alt. Damit verengt sich zunehmend die Lebensphase, in der Frauen

Familien gründen und weitere Kinder zur Welt bringen können. Eine der Folgen dieser Entwicklung ist die Zunahme der Geburten bei Frauen im Alter ab 40 Jahren. Zwischen 2000 und 2019 stieg der Anteil der Babys mit Müttern im Alter ab 40 Jahren von 2,1 auf 4,5 %. Erste Geburten sind aber im Alter ab 40 Jahren immer noch relativ selten. Lediglich 2,8 % der ersten Kinder wurden 2019 von Frauen im Alter ab 40 Jahren geboren. Ab dem Alter von 42 Jahren waren es lediglich 1,0 %.

Zunahme der Geburten durch ausländische Mütter

Neben den Veränderungen im Geburtenverhalten allgemein beeinflusst zunehmend auch die Fertilität der Zuwanderinnen (hier: Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit) das Geburtengeschehen in Deutschland. Der Anteil der ausländischen Frauen an den Frauenjahrgängen war bei den frühen 1960er-Jahrgängen mit 9 % halb so hoch wie bei den

▶ **Abb 5** Kohortenfertilität insgesamt sowie im Alter unter beziehungsweise ab 30 Jahren 2019 – Kinder je Frau



1970er-Jahrgängen mit 18 %. Seit 2014 stieg außerdem die Anzahl der potenziellen Mütter aus Ländern mit relativ hoher Kinderzahl je Frau. Ausgehend von den Erfahrungen der früheren Wanderungsbewegungen ist allerdings damit zu rechnen, dass die Fertilität in den ersten Jahren nach der Flucht aus Kriegs- und Krisengebieten besonders stark ansteigt und nach einigen Jahren abnehmen wird. Zwischen 2016 und 2019 sank die Geburtenziffer bei ausländischen Frauen von 2,28 auf 2,06 Kinder je Frau.

Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist in den vergangenen 150 Jahren beträchtlich gestiegen. Hierbei spielte die Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit lange eine entscheidende Rolle. Im Deutschen Reich betrug die durchschnittliche Lebenserwartung im Zeitraum 1871/1881 für neugeborene Jungen 35,6 Jahre und für neugeborene Mädchen 38,5 Jahre. Aber schon Zehnjährige, die das Säug-

lings- und Kleinkindalter mit besonders hohen Sterberisiken hinter sich ließen, hatten eine weitere Lebenserwartung von 46,5 Jahren (Jungen) beziehungsweise 48,2 Jahren (Mädchen). Nach den Ergebnissen der aktuellen Sterbetafel 2017/2019 betrug die Lebenserwartung neugeborener Jungen 78,6 und die der Mädchen 83,4 Jahre. Auch die fernere Lebenserwartung in höheren Altersjahren ist stark gestiegen. So hatten beispielsweise 65-jährige Männer 1871/1881 im Durchschnitt noch 9,6 Jahre zu leben. In den Jahren 2017/2019 waren es 17,9 Jahre. Bei den Frauen ist diese Steigerung noch stärker ausgeprägt: Lag der Wert für den Zeitraum 1871/1881 bei 10,0 Jahren, so konnten 65-jährige Frauen 2017/2019 durchschnittlich 21,1 weiteren Lebensjahren entgegensehen. Von den Frauen, die 2019 starben, war fast ein Drittel 90 Jahre oder älter. Mindestens 100 Jahre alt waren rund 4 300 der gestorbenen Frauen und etwa 710 verstorbene Männer. ▶ [Tab 5](#)

1.1.3 Wanderungsbewegungen

Neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) kommt bei der Beobachtung und Analyse der Einwohnerzahl den sogenannten Wanderungen (räumliche Bevölkerungsbewegung) eine zentrale Bedeutung zu. Die Wanderungen bilden aber auch die Mobilität der Bevölkerung ab. Die Mobilität ist stark altersabhängig. Am höchsten ist sie bei jungen Erwachsenen, die bedingt durch Ausbildung, Studium oder Einstieg ins Berufsleben oder aufgrund einer Partnerschaft häufiger umziehen. Bei den Wanderungen wird zwischen den Wohnsitzwechseln von Personen in eine andere Gemeinde innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und solchen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung) unterschieden. Die Binnenwanderung und die Außenwanderung bilden zusammen die Gesamtwanderung. Grundlage sind die An- und Abmeldungen, die von den Meldeämtern der Länder nach den melderechtlichen Regelungen erfasst werden. ▶ [Info 4](#)

▶ **Tab 5** Durchschnittliche Lebenserwartung — in Jahren

	Jungen/Männer		Mädchen/Frauen	
	2017/2019	1871/1881	2017/2019	1871/1881
Vollendetes Alter in Jahren				
0	78,6	35,6	83,4	38,5
1	77,9	46,5	82,6	48,1
5	74,0	49,4	78,6	51,0
10	69,0	46,5	73,7	48,2
20	59,1	38,4	63,8	40,2
30	49,3	31,4	53,9	33,1
40	39,7	24,5	44,1	26,3
50	30,3	18,0	34,5	19,3
60	21,8	12,1	25,4	12,7
70	14,4	7,3	17,0	7,6
80	8,1	4,1	9,6	4,2
90	3,7	2,3	4,3	2,4

2017/2019: Deutschland; 1871/1881: Deutsches Reich.

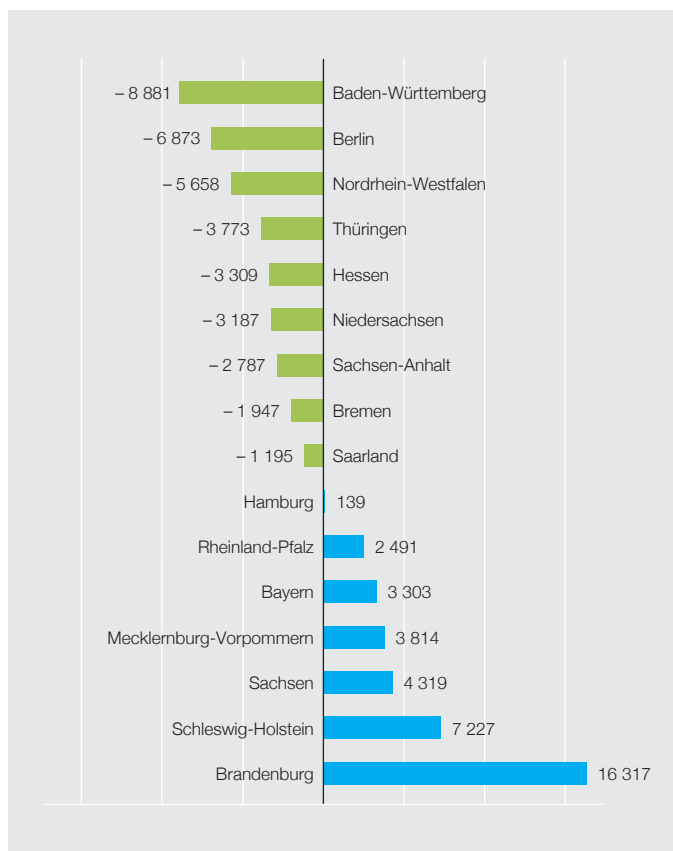
▶ **Info 4**

Wanderungsstatistik

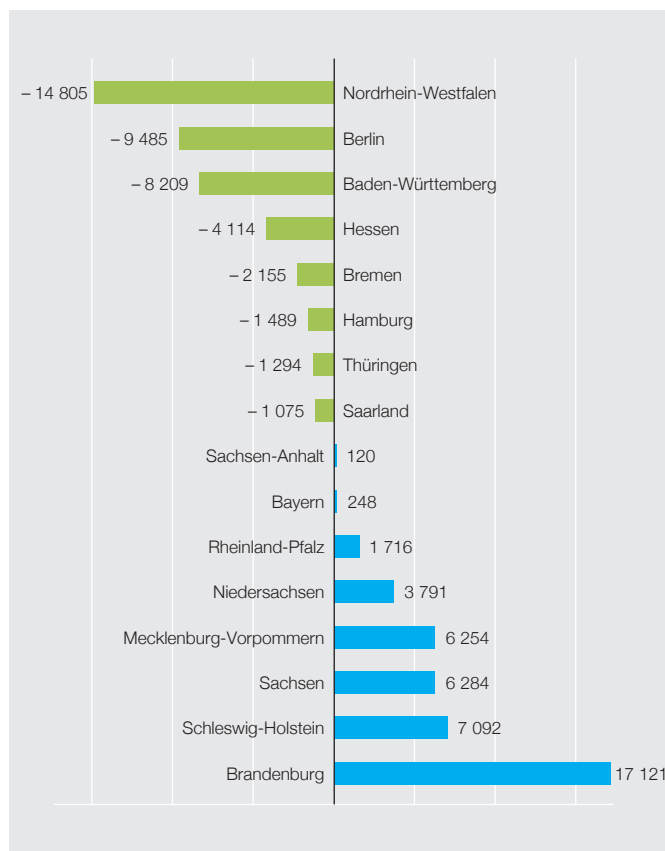
Die Wanderungsstatistik erfasst Zu- und Fortzüge, die die Meldebehörden den statistischen Ämtern melden. Der Wanderungssaldo ergibt sich aus der Differenz der Zu- und Fortzüge. Das Wanderungsvolumen bezeichnet die Summe aus der Binnen- und Außenwanderung. Zuzüge »von unbekannt« und Fortzüge »nach unbekannt« zählen dabei zur Außenwanderung.

Die Wanderungsstatistik weist Wanderungsfälle nach, also die Zu- oder Fortzüge über die Gemeindegrenzen, nicht die wandernden Personen. Die Zahl der Wanderungsfälle in einem Jahr ist in der Regel etwas größer als die Zahl der wandernden Personen, da eine Person in einem Jahr mehrmals zu- und fortziehen kann. Durch die Binnenwanderung ändert sich nur die regionale Verteilung der Bevölkerung, durch die Außenwanderung die Einwohnerzahl Deutschlands.

► **Abb 6a** Wanderungssaldo nach Bundesländern 2019
– Personen insgesamt



► **Abb 6b** Wanderungssaldo nach Bundesländern 2019
– deutsche Personen



Binnenwanderung

Die Wanderungsströme innerhalb Deutschlands resultieren aus verschiedenen Faktoren. Zum einen spiegeln sie die wirtschaftliche Stärke von Ländern und Regionen wider. Bei Ausländerinnen und Ausländern können zum anderen Netzwerke eine Rolle spielen, sodass sie bevorzugt dort hinziehen, wo Menschen gleicher Herkunft bereits leben. Darüber hinaus gibt es Verteilungsquoten für Personen, die als Spätaussiedlerinnen und -aussiedler oder als Schutzsuchende aufgenommen werden.

Im Jahr 2019 wechselten 3,9 Millionen Menschen ihren Wohnsitz über die Gemeindegrenzen innerhalb Deutschlands. In den meisten Fällen blieben die Personen in ihrem Bundesland; nur etwa 28 % aller Binnenwanderungen (rund

1,1 Millionen Umzüge) fanden zwischen Bundesländern statt. Diese Wanderungen tragen zur unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung in den Ländern bei. ► [Abb 6](#)

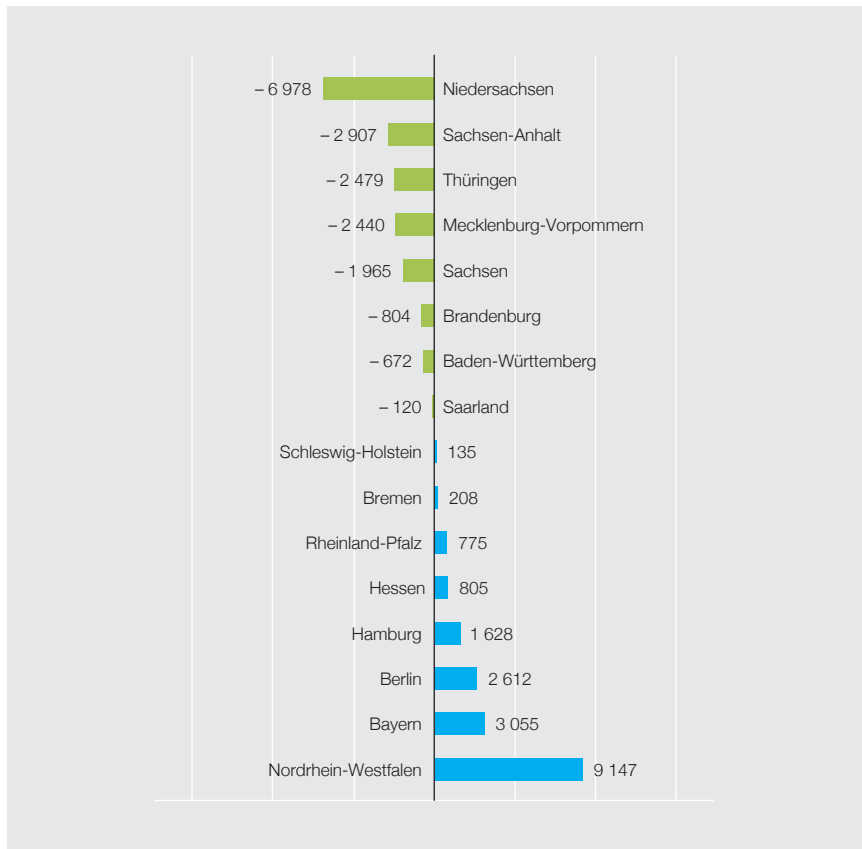
Dabei verzeichneten Brandenburg und Schleswig-Holstein im Jahr 2019 die größten Wanderungsgewinne mit Wanderungssalden von 16 300 Personen (Brandenburg) und 7 200 Personen (Schleswig-Holstein). Diese hohen Zuwanderungsüberschüsse sind insbesondere auf Zuzüge von Deutschen zurückzuführen. So betrug der Wanderungsüberschuss für Zuzüge von Deutschen aus anderen Bundesländern nach Brandenburg 17 100 Personen und nach Schleswig-Holstein 7 100 Personen. Nordrhein-Westfalen war 2019 bei Umzügen zwischen den Bundesländern das beliebteste Zielland

für Ausländerinnen und Ausländer mit einem Wanderungssaldo von 9 100 ausländischen Personen.

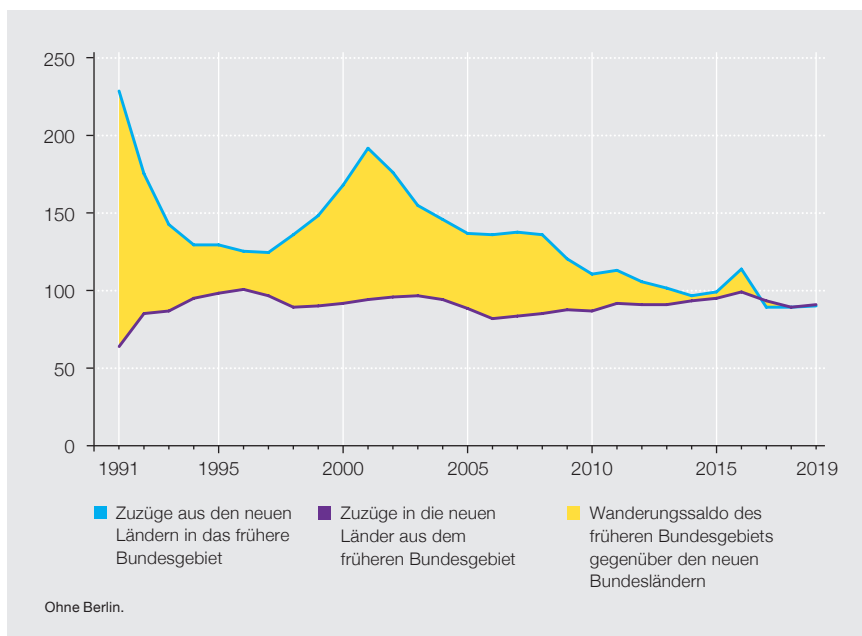
Die höchsten Abwanderungsverluste bei Umzügen zwischen den Bundesländern wiesen Baden-Württemberg (Saldo: – 8 900 Personen) und Berlin (Saldo: – 6 900 Personen) auf. Allerdings gibt es auch hier unterschiedliche Muster für deutsche und ausländische Personen: Der Wanderungsverlust war für Deutsche am höchsten in Nordrhein-Westfalen (– 14 800 Personen), gefolgt von Berlin (– 9 500 Personen) und für ausländische Personen in Niedersachsen (– 7 000 Personen).

Aus historischen Gründen kommt den Wanderungsströmen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost bei der Binnen-

► **Abb 6c** Wanderungssaldo nach Bundesländern 2019
– ausländische Personen



► **Abb 7** Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern



wanderung eine besondere Bedeutung zu. Zwischen 1989 und 1991 war eine hohe Abwanderung von Ost nach West festzustellen. In den Folgejahren bis 1996 war die Entwicklung der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern gegenläufig: Die Zuzüge aus den neuen Ländern verringerten sich, die Wanderungen nach Osten stiegen an, sodass der Wanderungssaldo 1997 nur noch 28 200 Personen betrug. Ab 1998 begann eine neue Wanderungswelle von Ost nach West (Wanderungssaldo 2001: 97 600 Personen), die nach 2001 langsam zurückging. Bis einschließlich 2016 überstiegen die Fortzüge nach Westen die Zuzüge nach Osten (Abwanderungsüberschuss 2016: 14 900 Personen). In den Jahren 2017 bis 2019 kehrte sich diese Entwicklung um zu einem leichten Wanderungsgewinn für den Osten. Im Jahr 2019 betrug der Zuwanderungsüberschuss Ostdeutschlands 1 000 Personen. ► [Abb 7](#)

Außenwanderung

Unter Außenwanderung fällt das, was in der Öffentlichkeit vor allem als Migration bezeichnet wird. Dabei gibt es verschiedene Motive und Ursachen der Wanderungen – von der Aufnahme von Kriegsvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg und der Zuwanderung aus der damaligen DDR bis zur Zuwanderung aus der Europäischen Union (EU) im Rahmen der EU-Freizügigkeit oder der Aufnahme von Schutzsuchenden aus Kriegsgebieten. Dazwischen prägten zum Beispiel die Arbeitsmigration durch die Anwerbung von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern in den 1960er- und 1970er-Jahren und die Flucht vor dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien das Wanderungsgeschehen in Deutschland.

Von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 wurden rund 2,6 Millionen Menschen aus Ostdeutschland als Übersiedlerinnen und Übersiedler im früheren Bundesgebiet aufgenommen. Ferner kamen seit 1950 rund 4,6 Millionen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in das frühere Bundesgebiet beziehungsweise seit 1990 nach Deutsch-

► **Tab 6** Zuzüge von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern

	Insgesamt	Darunter aus		
		der ehemaligen Sowjetunion ¹	Polen	Rumänien
1950–1959	438 225	13 580	292 181	3 454
1960–1969	221 516	8 571	110 618	16 294
1970–1979	355 381	56 592	202 711	71 415
1980–1989	984 087	176 565	632 800	151 157
1990–1999	2 029 176	1 630 107	204 078	186 354
2000–2009	474 276	469 906	2 701	1 535
2010–2014	14 391	14 170	113	101
2015	6 118	6 096	13	7
2016	6 588	6 572	9	7
2017	7 059	7 043	11	4
2018	7 125	7 112	10	1
2019	7 155	7 149	3	3

Einschließlich ausländischer Familienangehöriger von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern.

¹ Beziehungsweise Nachfolgestaaten.

Quelle: Bundesverwaltungsamt

land. Im Jahr 1990 wurde mit rund 397 000 Personen die mit Abstand höchste Zahl von Aussiedlerinnen und Aussiedlern aufgenommen; danach gingen die Zahlen zurück. Seit 2006 werden weniger als 10 000 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler jährlich aufgenommen. ► [Tab 6](#)

Durch die Zuwanderung aus dem Osten (aus den früheren deutschen Gebieten im Osten, der ehemaligen DDR sowie durch Aussiedlerinnen und Aussiedler) gab es für die Bundesrepublik Deutschland seit Gründung bis Anfang des neuen Jahrtausends einen Zuwanderungsgewinn von Deutschen. Seit 2005 werden allerdings Wanderungsverluste beobachtet: Es wandern also mehr Deutsche ins Ausland ab, als Deutsche nach Deutschland ziehen. Ein wesentlicher Grund dafür ist die nachlassende Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. Zeitgleich erhöhte sich die Zahl der Fortzüge deutscher Personen ins Ausland. So gab es in den 1990er-Jahren noch rund 110 000 Fortzüge von Deutschen je Jahr, im Jahr 2008 etwa 175 000 Fortzüge. Allerdings verminderte sich die Abwanderung – wahrscheinlich infolge der Finanzmarkt- und Wirtschafts-

krise – ab 2009 (155 000 Fortzüge) wieder und blieb bis 2015 mit jährlich 130 000 bis 150 000 Fortzügen annähernd konstant. Demgegenüber standen Zuzüge aus dem Ausland in der Größenordnung von 115 000 bis knapp über 120 000 Deutschen zwischen 2009 und 2015. Seit dem Jahr 2016 werden die Zu- und Fortzüge deutscher Personen, deren bisheriger oder neuer Wohnort nicht bekannt ist, in der Wanderungsstatistik zusätzlich berücksichtigt. ► [Info 5](#)

Im Jahr 2016 wurden daher rund 146 000 Zuzüge und 281 000 Fortzüge von deutschen Personen verzeichnet. Rechnet man die in [Info 5](#) beschriebenen Effekte heraus, ergeben sich auch für das Jahr 2016 sowohl bei den Zuzügen (115 000 Personen) als auch bei den Fortzügen (131 000 Personen) keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den Vorjahren. Im Jahr 2019 lag die Zahl der Zuzüge deutscher Personen bei 213 000 und die Zahl der Fortzüge bei 270 000. Hauptzielländer von auswandernden Deutschen waren im Jahr 2019 die Schweiz mit 16 300 Personen, Österreich mit 11 900 Personen und die Vereinigten Staaten mit 9 800 Personen, wobei der neue Wohnort

► **Info 5****Methodische Hinweise zu den Ergebnissen der Wanderungsstatistik seit 2016**

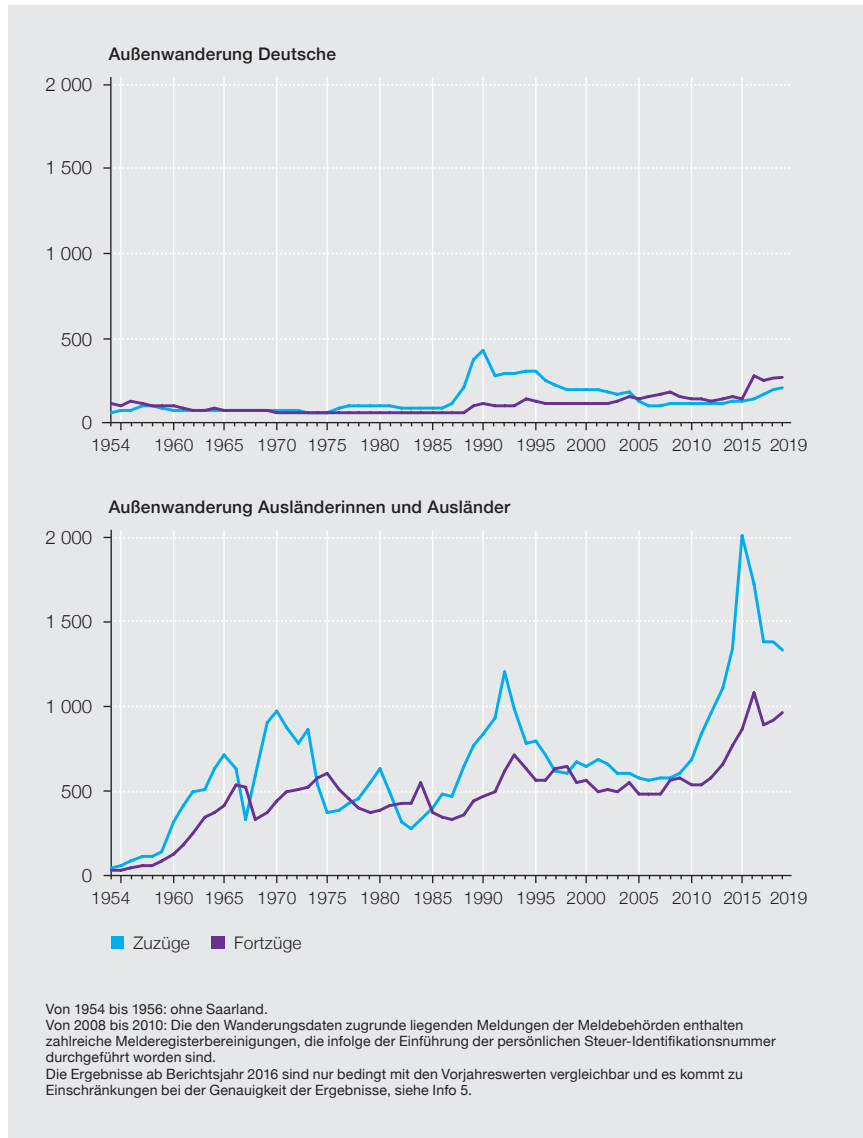
Die Ergebnisse der Wanderungsstatistik seit Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen, technischer Weiterentwicklungen der Datenlieferungen aus dem Meldewesen an die Statistik sowie der Umstellung auf ein neues statistisches Aufbereitungsverfahren nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Insbesondere werden seit dem 1. Januar 2016 Zu- und Fortzüge von Deutschen von beziehungsweise nach »unbekannt / ohne Angabe« in der Wanderungsstatistik unter der Außenwanderung verbucht. Zuvor blieben sie weitgehend unberücksichtigt. Daher werden Meldungen von Personen, die zuvor »nach unbekannt« abgemeldet waren und sich wieder anmelden, statistisch nur dann als Zuzug »von unbekannt« verarbeitet, wenn die vorherige Abmeldung »nach unbekannt« in der Statistik berücksichtigt wurde (das heißt seit 2016 stattd). Da im Gegenzug alle Abmeldungen von Deutschen »nach unbekannt« ohne Einschränkung berücksichtigt wurden, wird eine zu niedrige Zahl von Anmeldungen »von unbekannt« im Verhältnis zu den Abmeldungen »nach unbekannt« und somit eine erhöhte Nettoabwanderung von deutschen Personen nachgewiesen. Dieser methodisch unvermeidbare Effekt trifft insbesondere auf die Ergebnisse 2016 zu und dürfte in den Folgejahren nachlassen. Die sonstigen Ergebnisse zur Außenwanderung von Deutschen nach Herkunfts- / Zielländern sind von dieser methodischen Änderung nicht betroffen.

Die Themenseite »Wanderungen« auf www.destatis.de bietet ausführliche methodische Erläuterungen.

bei etwa 54 % der Fortzüge von Deutschen nicht bekannt war. ► [Abb 8](#)

Ab Anfang der 1960er-Jahre hatte die Zu- und Abwanderung von ausländischen Personen durch die Anwerbung von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern erheblich an Bedeutung gewonnen. Seit Mitte der 1970er-Jahre wird das Wanderungsverhalten der Ausländerinnen und Ausländer von anderen Faktoren beeinflusst, zum Beispiel dem Familiennachzug oder der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Situation in den Herkunfts-

► Abb 8 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland – in Tausend



ländern. Insbesondere politische Umbrüche, Kriege und Krisen können Auswanderungswellen nach Deutschland auslösen. Zudem wirken sich staatliche Maßnahmen zur Steuerung der Wanderungsströme aus. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang der 1973 erlassene Anwerbestopp oder das Rückkehrhilfegesetz von 1983.

Die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger hatte 1992 mit 1,2 Millionen Personen einen ersten Höhepunkt erreicht. Gründe waren die Öffnung der

Grenzen zu Osteuropa und die Flucht vieler Menschen vor dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien. Asylrechtliche Neuregelungen wie die Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16a) im Jahr 1993 bewirkten, dass Einreisen zum Zweck der Asylsuche nach 1993 erheblich zurückgingen.

Bis 2006 war die Zuwanderung mit einigen Schwankungen eher rückläufig; in den Folgejahren stieg die Zuwanderung wieder an. Eine Ursache hierfür sind Beschlüsse auf Ebene der EU, bei-

spielsweise EU-Erweiterungen, Freizügigkeitsregelungen, Abkommen mit Ländern der Europäischen Freihandelszone (EFTA-Länder) oder veränderten Visa-regelungen. Infolge der Wirtschaftskrise in den südeuropäischen Ländern sowie des Beitritts vieler osteuropäischer Länder zur EU 2004 beziehungsweise 2007 nahm die Zuwanderung aus diesen Ländern sprunghaft zu. Auch haben 2011 die Zuzüge aus den 2004 beigetretenen Ländern – nach Ablauf der letzten Einschränkungen zum Arbeitsmarktzugang – stark zugenommen. Das Gleiche gilt seit 2013 für Rumänien und Bulgarien. ► Abb 9

Hinzu kamen seit 2014 die Schutzsuchenden aus den von Krieg gezeichneten Ländern, vor allem Syrien, Afghanistan und Irak. So wurden im Jahr 2014 rund 1,3 Millionen Zuzüge ausländischer Personen verzeichnet. Im Jahr 2015 wurde mit 2,0 Millionen Zuzügen der bisherige höchste Stand erreicht. Rund 43 % der Personen (865 000) kamen dabei aus der EU, 41 % (833 700 Personen) aus dem außereuropäischen Ausland und 14 % aus einem sonstigen europäischen Land (284 900 Personen). Die Hauptherkunftsländer 2015 waren Syrien (326 000 Zuzüge), Rumänien (212 000 Zuzüge), Polen (190 000 Zuzüge) und Afghanistan (95 000 Zuzüge). ► Info 6

In den Folgejahren verringerte sich die Zahl der Zuzüge von Ausländerinnen und Ausländern gegenüber diesem Höchststand. Im Jahr 2016 lag die Zahl der Zuzüge bei 1,7 Millionen, 2017 und 2018 bei 1,4 Millionen und im Jahr 2019 bei gut 1,3 Millionen Personen. Die meisten Personen zogen im Jahr 2019 aus Rumänien zu (229 000 Zuzüge), gefolgt von Polen (128 000 Zuzüge) und Bulgarien (83 000 Zuzüge).

Die Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern erreichte 1993 mit 711 000 Fortzügen einen ersten Höhepunkt. Danach war die Tendenz bis 2007 rückläufig, abgesehen von einem vorübergehenden Anstieg in den Jahren 1997, 1998 und 2004 infolge der Rückkehr bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge.

► Abb 9 Die Entwicklung der Europäischen Union



Beitritt	1958	1973	1981	1986	1995	2004	2007	2013
	Belgien Deutschland Frankreich Italien Luxemburg Niederlande	Dänemark Irland Vereinigtes Königreich ¹	Griechenland	Portugal Spanien	Finnland Österreich Schweden	Estland Lettland Litauen Malta Polen Slowakei Slowenien Tschechien Ungarn Zypern	Bulgarien Rumänien	Kroatien
EU-Länder insgesamt	6	9	10	12	15	25	27	28

¹ Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union am 1. Februar 2020.

Die Fortzugszahlen zwischen 2008 und 2010 sind durch bundesweite Bereinigungen der Melderegister überhöht und mit den Vor- und Folgejahren nicht vergleichbar. Die Bereinigungen führten zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen, die sich in den Fortzugszahlen niedergeschlagen haben.

Seit 2011 stieg die Zahl der Fortzüge von Ausländerinnen und Ausländern wieder an und lag 2016 bei 1 084 000 Personen, 2017 bei 886 000, 2018 bei 924 000 und 2019 bei 961 000 Personen. Da viele Zugewanderte, vor allem aus der EU, nicht dauerhaft in Deutschland bleiben und nach einer kürzeren oder längeren

Zeit in ihr Herkunftsland zurückkehren oder in ein anderes Land weiterziehen, geht eine hohe Zuwanderung zeitversetzt mit einer hohen Abwanderung einher.

Der Wanderungssaldo war seit Beginn der Statistik in den 1950er-Jahren überwiegend positiv. Lediglich in konjunkturell schlechten Zeiten der 1960er-

► **Abb 10** Altersaufbau der Bevölkerung 1990 und 2018
 – in Tausend Personen je Altersjahr



und 1970er-Jahre, in der Zeit des Rückkehrhilfegesetzes in den 1980er-Jahren und nach Ende des Bosnienkrieges 1997/1998 fiel der Saldo negativ aus. Die bis dahin höchsten Wanderungsüberschüsse (mehr als 600 000 Personen Zu-gewinn je Jahr) wurden zur Zeit der politischen Umbrüche in Osteuropa und des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien zwischen 1989 und 1992 verzeichnet – als Folge der hohen Zuwanderung in diesen Jahren. Seit 2011 werden wieder hohe Wanderungsüberschüsse mit einem Höchstwert im Jahr 2015 verzeichnet (2014: + 577 000 Personen; 2015: + 1 157 000; 2016: + 635 000). In den Jahren 2017 bis 2019 ging der Wanderungsüberschuss jeweils zurück (2017: + 499 000; 2018: + 460 000; 2019: + 385 000).

1.1.4 Demografischer Wandel

Ein Kennzeichen des demografischen Wandels in Deutschland ist die Alterung der Bevölkerung, die bereits jetzt spürbar ist. Ein Vergleich des Altersaufbaus der Bevölkerung im Jahr 2018 und im Jahr der deutschen Vereinigung 1990 macht deutlich: Das Durchschnittsalter der Bevölkerung war 2018 in Deutschland mit 44 Jahren um 5 Jahre höher als 1990 (39 Jahre). Besonders anschaulich zeigen sich die Veränderungen anhand der Alterung der stark besetzten Jahrgänge von 1955 bis 1970, die zur sogenannten Babyboom-Generation gehören. Im Jahr 1990 bildeten sie als 20- bis 35-Jährige die größte Altersgruppe. Nun sind sie im höheren Erwerbsalter angekommen und werden in den nächsten zwei Jahrzehnten

► Info 6

Erfassung der Schutzsuchenden in der Wanderungsstatistik

Schutzsuchende Personen sind grundsätzlich meldepflichtig, sobald sie in Deutschland angekommen sind. Damit sind sie grundsätzlich bei ihrer Ankunft in Deutschland in der Wanderungsstatistik enthalten. Der Status als Schutzsuchende beziehungsweise Schutzsuchender wird in der Wanderungsstatistik nicht erfasst. Im Herbst 2015 konnten allerdings nicht alle Schutzsuchenden zeitnah erfasst werden und wurden teilweise nacherfasst. Zur Abschätzung der Wanderungsbewegungen von Schutzsuchenden werden die Wanderungsfälle von Staatsangehörigen von Staaten mit einem hohen Anteil an Schutzsuchenden wie Syrien oder Irak betrachtet.

aus dem Erwerbsalter ausscheiden. Die Zahl der Personen ab 70 Jahren ist zwischen 1990 und 2018 von 8 Millionen auf 13 Millionen gestiegen. Die höheren Altersklassen zeigen, dass mittlerweile nicht nur Frauen, sondern auch Männer ein höheres Lebensalter erreichen (siehe auch Abschnitt 1.1.2, Seite 14).

Zum demografischen Wandel trägt auch die ungewöhnlich starke Zuwanderung vor allem junger Menschen in den letzten Jahren bei. Von den 3 Millionen seit 2014 zugewanderten Menschen waren 36 % jünger als 20 Jahre. Diese Entwicklung hat vor allem der Schrumpfung der Bevölkerungszahl entgegengewirkt, die ohne die Nettozuwanderung aufgrund der negativen natürlichen Bevölkerungsbilanz (mehr Sterbefälle als Geburten) unvermeidlich wäre. Die Zuwanderung hat aber auch die jungen Jahrgänge gestärkt und zur Verjüngung der Bevölkerung im Erwerbsalter beigetragen. Auf die Alterung der Gesamtbevölkerung, die vor allem durch das Aufsteigen der Babyboom-Generation ins höhere Alter und die gestiegene Lebenserwartung bestimmt ist, hat sie dagegen kaum Einfluss. Auch das Verhältnis zwischen Personen im Erwerbsalter und im Rentenalter wird dadurch kaum verändert. ► [Abb 10](#)

► Info 7

Bevölkerungsvorausberechnung

Die langfristigen Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen, wie sich Bevölkerungszahl und -struktur unter bestimmten Annahmen zum Geburtenverhalten, zur Sterblichkeit und zu den Wanderungen entwickeln werden. Sie liefern somit »Wenn-dann-Aussagen« und helfen, den Einfluss der demografischen Prozesse auf die Bevölkerungsdynamik zu verstehen.

Da sich demografische Prozesse nur sehr allmählich vollziehen, entfaltet sich das volle Ausmaß ihres Einflusses erst nach mehreren Jahrzehnten. Deshalb kann eine Bevölkerungsvorausberechnung nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie entsprechend lange Zeiträume umfasst. Um neuere Entwicklungen zu berücksichtigen, aktualisieren die statistischen Ämter ihre Bevölkerungsvorausberechnungen regelmäßig.

Sie berechnen grundsätzlich mehrere Varianten der künftigen Entwicklung. Damit berücksichtigen sie einerseits unterschiedliche Tendenzen in den demografischen Prozessen, andererseits verdeutlicht dies Unsicherheiten der Zukunftsannahmen.

Eine ausführliche Darstellung der Annahmen und Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ist unter www.destatis.de abrufbar. Die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung werden anhand der animierten Bevölkerungspyramiden veranschaulicht. Eine weitere interaktive Anwendung bietet auch die Möglichkeit, die Veränderungen gleichzeitig in drei verschiedenen Bundesländern zu verfolgen.

Eine Vorstellung über die künftige Bevölkerungsentwicklung bieten Bevölkerungsvorausberechnungen, die zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder abgestimmt werden. ► Info 7

Die im Jahr 2019 erstellte 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung reicht bis zum Jahr 2060 und stellt ein System aus insgesamt 30 Varianten und Modellrechnungen dar. Diese zeigen eine Spannweite der möglichen künftigen Veränderungen ausgehend von der gegenwärtigen Altersstruktur der Bevölkerung und den getroffenen Annahmen zur Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und des Saldos der Wanderungen aus und nach Deutschland.

Annahmen der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Zu den demografischen Komponenten – Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Wanderungssaldo – werden verschiedene Annahmen getroffen, anhand derer die Bevölkerungszahl und -struktur vorausberechnet werden.

Geburtenhäufigkeit

Die Annahme G1 »sinkende Geburtenhäufigkeit« geht von einem allmählichen Rückgang der zusammengefassten Geburtenziffer von derzeit knapp 1,6 Kindern je Frau auf 1,4 Kinder je Frau aus. Diese Entwicklung wäre denkbar, wenn sich die wirtschaftliche Situation verschlechtern, familienfreundliche Maßnahmen nicht ausgebaut werden und der Einfluss der Zuwanderinnen auf die Geburtenhäufigkeit schnell abnehmen würden.

In der Annahme G2 »moderate Entwicklung der Geburtenhäufigkeit« wird sich die zusammengefasste Geburtenziffer bei 1,55 Kindern je Frau stabilisieren. Ausschlaggebend für diese Annahme sind die Trends im Geburtenverhalten der deutschen Frauen. Die langfristigen Trends werden dabei stärker gewichtet als die Entwicklung der letzten Jahre, da angenommen wird, dass die günstigen Rahmenbedingungen des letzten Jahrzehnts nicht auf Dauer ein Anreiz für Familienzuwachs sein werden. Die derzeit beobachtete Zunahme der Geburtenhäufigkeit im Alter ab 30 Jahren wird sich demnach nicht mehr verstärken. Der gegenwärtig relativ starke Einfluss der Ausländerinnen auf die Geburtenhäufigkeit aller Frauen wird mittelfristig sinken.

In der Annahme G3 »steigende Geburtenhäufigkeit« nimmt die zusammengefasste Geburtenziffer auf 1,7 Kinder je Frau zu. Eine solche Entwicklung wäre zum Beispiel bei weiterhin günstigem Einfluss wirtschaftlicher und familienpolitischer Rahmenbedingungen und stabil hoher Fertilität der Zuwanderinnen denkbar. Der damit einhergehende Anstieg der endgültigen Kinderzahl je Frau auf 1,7 wäre nur zu realisieren, wenn sich das Geburtenverhalten gravierend ändern

würde. So müsste zum Beispiel die Kinderlosenquote von derzeit 21 % auf mindestens 15 % sinken beziehungsweise der Anteil der dritten und weiteren Kinder an allen Geburten deutlich zunehmen.

Lebenserwartung

Mit Blick auf die bisherige Entwicklung in Deutschland und die bereits deutlich höhere Lebenserwartung in europäischen Staaten wie Frankreich, Italien, Luxemburg, Norwegen, Spanien oder der Schweiz wird angenommen, dass die Lebenserwartung auch künftig weiter ansteigen wird. Im Vergleich zu früheren Generationen werden die verbesserten Lebensumstände, rückläufige Raucherquoten und zurückgehender Alkoholkonsum sowie weitere Verbesserungen in der medizinischen Versorgung auch künftig aller Voraussicht nach zu einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung führen. Dazu werden drei Annahmen getroffen.

In der Annahme L1 »geringer Anstieg« ergibt sich für Männer im Jahr 2060 eine durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt von mehr als 82 Jahren und für Frauen von über 86 Jahren. Das ist ein Zuwachs von rund vier beziehungsweise drei Jahren im Vergleich zur Lebenserwartung in Deutschland im Basiszeitraum 2015/2017. Die Grundlage der niedrigen Annahme L1 bildet die kurzfristige Trendentwicklung seit 2010/2012. Es wird angenommen, dass sich der erst seit kurzer Zeit beobachtete Trend hin zu einem vergleichsweise langsamen Anstieg der Lebenserwartung bis zum Jahr 2060 fortsetzen wird.

Bei der Annahme L2 »moderater Anstieg« erreichen Männer im Jahr 2060 bei Geburt eine durchschnittliche Lebenserwartung von über 84 Jahren und Frauen von rund 88 Jahren. Dies entspricht für Männer einem Anstieg um gut sechs Jahre und für Frauen um fast fünf Jahre im Vergleich zum Basiszeitraum 2015/2017. Die Grundlage der mittleren Annahme L2 bildet die Kombination aus der langfristigen Trendentwicklung seit 1970/1972 und der kurzfristigen Trendentwicklung seit 2010/2012.

In der Annahme L3 »starker Anstieg« können Männer bei Geburt eine durchschnittliche Lebenserwartung von gut 86 Jahren und Frauen von rund 90 Jahren erreichen. Das sind für Männer fast acht Jahre und für Frauen gut sechs Jahre mehr als 2015/2017. Die hohe Lebenserwartungsannahme L3 basiert auf der Trendentwicklung seit 1970/1972. Voraussetzung ist, dass sich die Verminderung des Sterberisikos in den höheren Altersstufen ähnlich wie in den letzten 45 Jahren bis zum Jahr 2060 fortsetzt.

Wanderungen

Die durchschnittliche Höhe der Nettozuwanderung im gesamten Vorausrechnungszeitraum von 2019 bis 2060 entspricht in jeder Annahme einem bestimmten Referenzzeitraum aus der Vergangenheit. Auch wenn angenommen wird, dass sich die Wanderungsbewegungen der Vergangenheit in der Zukunft nicht wiederholen, so zeigen sie doch, in welchem Rahmen sich der Wanderungssaldo bei unterschiedlichen Konstellationen bewegen könnte. Dieser Rahmen wird als hypothetischer Korridor für die künftige Wanderungsentwicklung betrachtet.

Die Annahme W1 »niedriger Wanderungssaldo« markiert die Untergrenze der künftigen Entwicklung der Nettozuwanderung. Der Wanderungssaldo sinkt dabei von annähernd 400 000 Personen im Jahr 2018 auf rund 111 000 Personen im Jahr 2030 und bleibt danach konstant. Von 2019 bis 2060 würden damit per saldo insgesamt 6 Millionen Menschen und durchschnittlich 147 000 Menschen je Jahr zuwandern. Der Annahme W1 liegt der Referenzzeitraum von 1955 bis 1989 zugrunde.

In der Annahme W2 »moderate Wanderungsentwicklung« sinkt der Wanderungssaldo zwischen 2018 und 2026 auf 206 000 und bleibt danach konstant. Im gesamten Zeitraum von 2019 bis 2060 würden per saldo 9 Millionen Menschen und durchschnittlich 221 000 Personen je Jahr zuwandern. Der Annahme W2 liegt der Referenzzeitraum von 1955 bis 2018

zugrunde. Er umfasst über sechs Jahrzehnte Wanderungsgeschichte mit allen Schwankungen. Der Wanderungssaldo variierte in diesem Zeitraum von – 224 000 im Jahr 1975 bis +1 139 000 im Jahr 2015.

Die Annahme W3 »hoher Wanderungssaldo« markiert die Obergrenze der angenommenen künftigen Wanderungsentwicklung. Der Wanderungssaldo sinkt dabei langsamer als in den Annahmen W1 und W2 und verharrt ab 2030 auf ei-

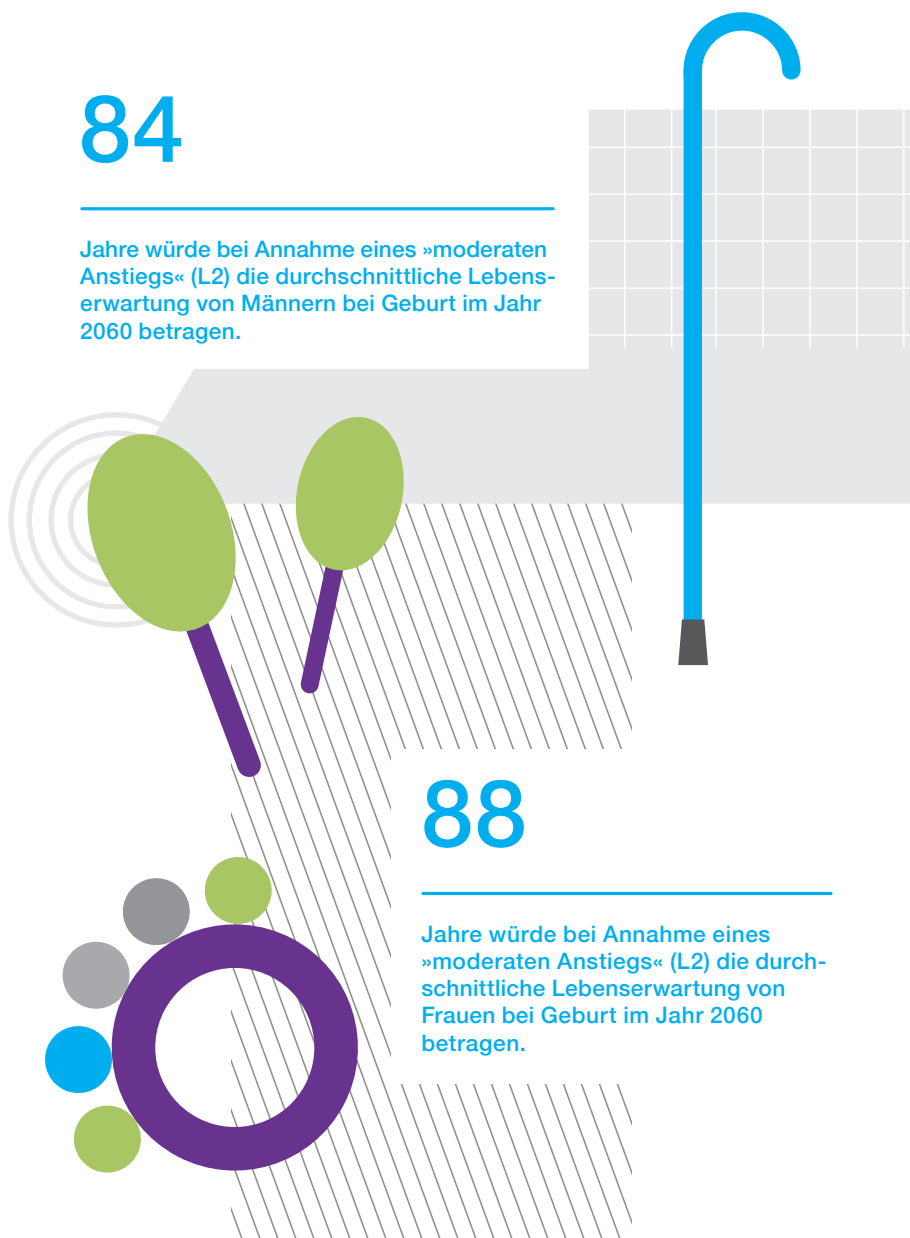
nem dauerhaft hohen Niveau von 300 000. Von 2019 bis 2060 würden damit per saldo insgesamt 13 Millionen Menschen und durchschnittlich 311 000 Personen je Jahr zuwandern. Dieser Wanderungssaldo setzt eine dauerhaft starke Zuwanderung aus dem nicht europäischen Ausland voraus. Die Annahme W3 beruht auf dem Referenzzeitraum von 1990 bis 2018 mit zwei außerordentlich starken Zuwanderungswellen.

84

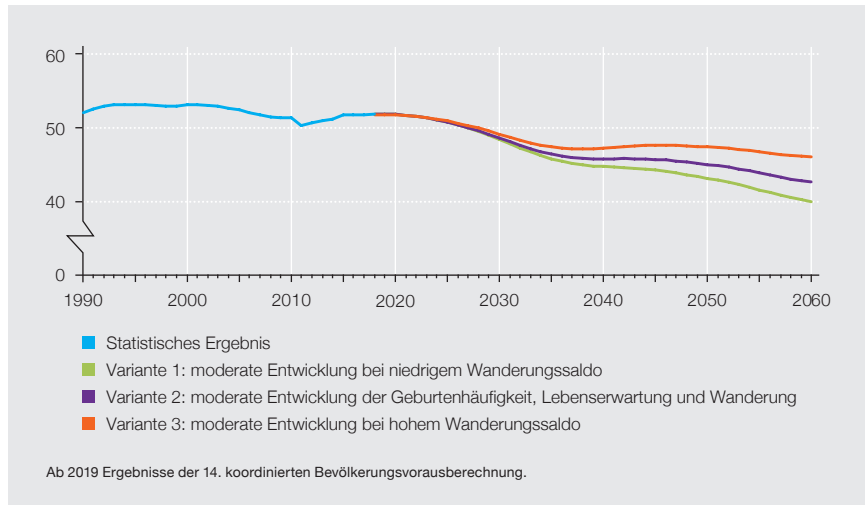
Jahre würde bei Annahme eines »moderaten Anstiegs« (L2) die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern bei Geburt im Jahr 2060 betragen.

88

Jahre würde bei Annahme eines »moderaten Anstiegs« (L2) die durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen bei Geburt im Jahr 2060 betragen.



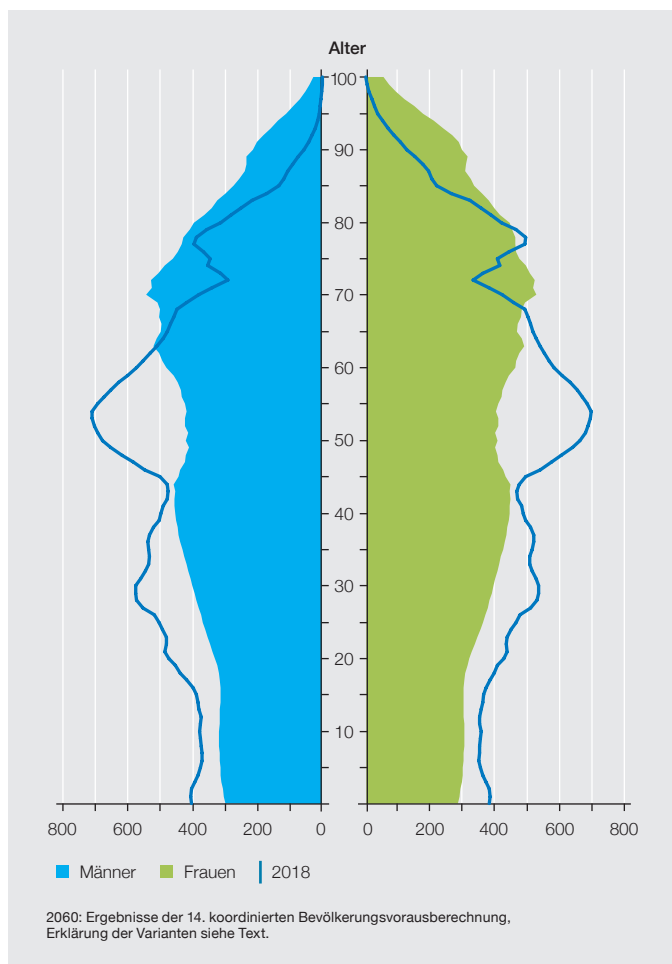
► **Abb 11** Bevölkerung im Erwerbsalter von 20 bis 66 Jahren — in Millionen Personen



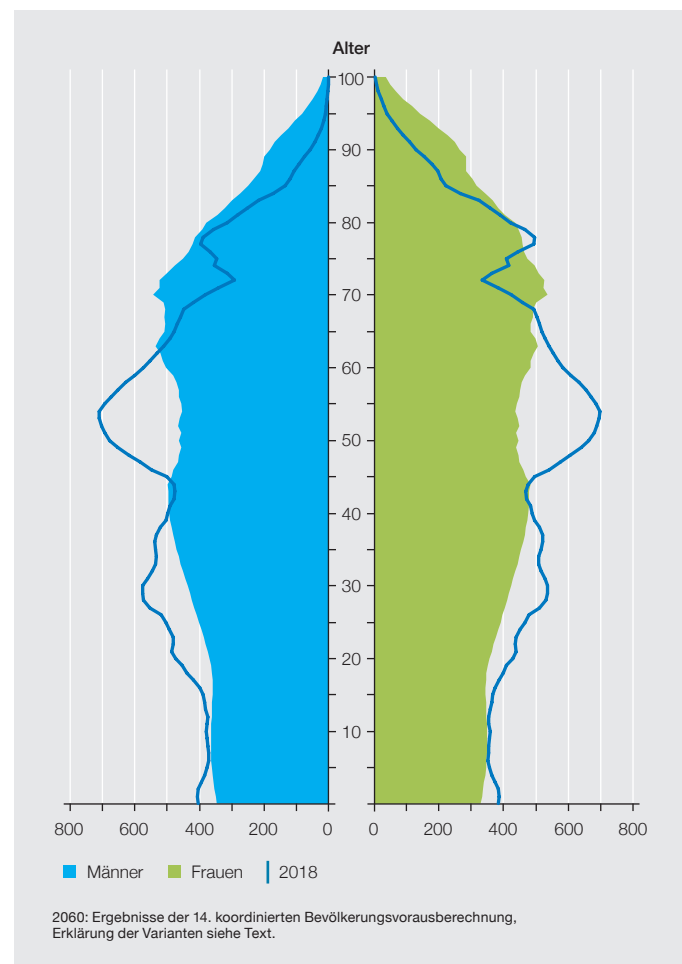
Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Ende 2018 lebten in Deutschland rund 83 Millionen Menschen. Die Bevölkerung wächst derzeit dank eines positiven Saldos der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland. Ohne die Nettozuwanderung würde die Bevölkerung seit Langem schrumpfen, da seit 1972 die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Geborenen jedes Jahr übersteigt und somit die sogenannte natürliche Bevölkerungsbilanz negativ ist. Diese grundsätzliche Ursache des Bevölkerungsrückgangs wird sich auf lange Sicht noch stärker als in der Vergangenheit auswirken. Denn die geburtenstarken Jahrgänge rücken im Vorausberechnungs-

► **Abb 12a** Altersaufbau der Bevölkerung 2060 relativ alte Bevölkerung Variante 4 (G1-L3-W1) — in Tausend Personen je Altersjahr



► **Abb 12b** Altersaufbau der Bevölkerung 2060 moderate Entwicklung Variante 2 (G2-L2-W2) — in Tausend Personen je Altersjahr



zeitraum in das hohe Alter auf, in dem die Sterblichkeit natürlicherweise am höchsten ist. Dadurch wird die Zahl der Sterbefälle auf über 1 Million steigen und die Lücke zwischen den Geburten und Sterbefällen größer. Die Bevölkerungszahl insgesamt wird voraussichtlich noch bis 2024 steigen und spätestens ab 2040 sinken. Im Jahr 2060 wird sie dann zwischen 74 und 83 Millionen liegen.

Durch den aktuellen Altersaufbau sind ein Anstieg der Seniorenzahl und ein Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter vorgezeichnet. Hier wird als Abgrenzung die Regelaltersgrenze für den Rentenbezug von 67 Jahren verwendet. Die Zahl der ab 67-Jährigen stieg bereits

zwischen 1990 und 2018 um 54 % von 10 Millionen auf 16 Millionen Personen. Sie wird bis 2039 um weitere 5 Millionen bis 6 Millionen auf mindestens 21 Millionen Personen wachsen und anschließend bis 2060 relativ stabil bleiben.

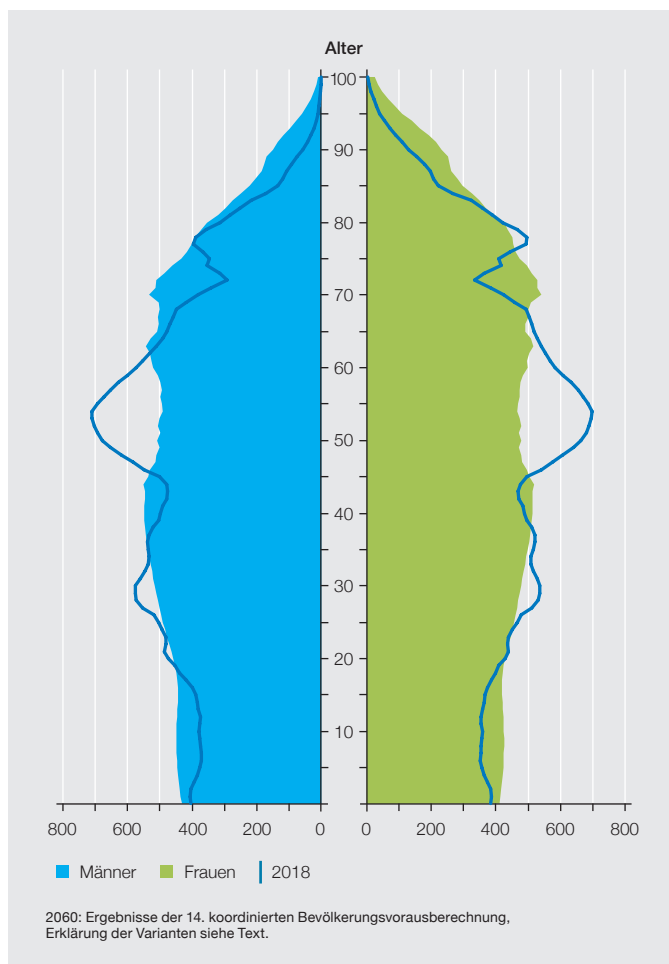
Die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (hier: zwischen 20 und 66 Jahren) lag im Jahr 2018 bei 52 Millionen Personen. Bis zum Jahr 2035 wird sie auf 46 Millionen bis 47 Millionen Personen sinken und damit um rund 4 Millionen bis 6 Millionen Personen niedriger sein. Bis zum Jahr 2060 ist je nach angenommener Entwicklung zum Wanderungs geschehen eine Stabilisierung der Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter

oder auch ein weiterer Rückgang auf 40 Millionen Personen möglich. Die künftige Entwicklung der demografischen Einflussfaktoren wie Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Wanderungen kann diese Prozesse nur sehr begrenzt beeinflussen. ▶ [Abb 11](#)

Die regionalen Unterschiede werden sich weiter verstärken. Bei einer moderaten Entwicklung von Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Nettozuwanderung wird die Bevölkerungszahl in den westdeutschen Flächenländern bis 2060 um 4 % und in den ostdeutschen Flächenländern um 18 % sinken. In den Stadtstaaten wird sie dagegen um 10 % wachsen.

Im Vergleich zu den früheren Projektionen zeigt die 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – trotz einer veränderten Ausgangsbasis und einer größeren Spannweite der getroffenen Annahmen – kein völlig anderes Bild der demografischen Zukunft Deutschlands. Sie startet mit einer Bevölkerung, in der die jüngeren Jahrgänge durch die Nettozuwanderung und höhere Geburtenzahlen der letzten Jahre gestärkt sind. Zugleich ist die Babyboom-Generation der 1950er- und 1960er-Jahre im höheren Erwerbsalter angekommen. Die Zahl der Menschen im Seniorenalter ist bereits deutlich gestiegen. Die künftigen Veränderungen fallen deshalb weniger drastisch aus als bei den früheren Berechnungen. Trotzdem zeigt die 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, dass auch eine steigende Geburtenhäufigkeit und eine dauerhaft hohe Nettozuwanderung die Alterung lediglich abbremsen, aber nicht verhindern können. ▶ [Abb 12](#)

▶ **Abb 12c** Altersaufbau der Bevölkerung 2060 relativ junge Bevölkerung Variante 5 (G3-L1-W3) – in Tausend Personen je Altersjahr



1.2 Bevölkerung mit Migrations- hintergrund

Anja Petschel

Statistisches Bundesamt
(Destatis)

Wie viele Menschen mit ausländischen Wurzeln leben in Deutschland? Welche Auswirkungen hat die Einwanderung auf die Bevölkerungsstruktur? Wo gelingt Integration und wo gibt es Nachholbedarf? Um den Blick auf diese Fragen zu richten, verwendet die amtliche Statistik seit 2005 das Konzept der »Bevölkerung mit Migrationshintergrund«. Es umfasst Menschen, die entweder selbst nicht mit deutscher Staatsbürgerschaft geboren wurden oder aber mindestens einen Elternteil haben, der nicht mit deutscher Staatsbürgerschaft geboren wurde. Das betrifft alle Ausländerinnen und Ausländer, alle Eingebürgerten, alle (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, alle Personen, die die deutsche Staatsbürgerschaft durch Adoption erhalten haben, sowie die mit

deutscher Staatsangehörigkeit geborenen Kinder dieser vier Gruppen. Damit wird die zuvor verwendete Unterscheidung nach deutscher und ausländischer Bevölkerung stärker differenziert. Diese Feinabstufung wurde notwendig, weil es mehrere Gruppen gibt, die zwar die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, jedoch Wurzeln im Ausland haben:

- Seit 1950 hat Deutschland insgesamt knapp 4,6 Millionen Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aufgenommen.
- Seit 1990 wurden in Deutschland rund 4,8 Millionen Menschen eingebürgert. Im Zeitraum von 1990 bis 2007 erfolgten insgesamt knapp 3,5 Millionen Einbürgerungen; das sind durchschnittlich über 192 000 Personen im

► Info 1

Definition des Migrationshintergrunds

Ob eine Person einen Migrationshintergrund hat oder nicht, wird aus ihren persönlichen Merkmalen (Zuzug, Einbürgerung und Staatsangehörigkeit) bestimmt sowie aus den entsprechenden Merkmalen ihrer Eltern. Für statistische Zwecke wird zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden.

Angaben zur **Bevölkerung mit Migrationshintergrund** ermöglicht seit 2005 der Mikrozensus durch einen erweiterten Fragenkatalog. Es handelt sich um Personen, die entweder selbst nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind oder mindestens einen Elternteil haben, der nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist. Dargestellt werden ausschließlich in Privathaushalten lebende Personen. Folgende Personengruppen haben nach dieser Definition einen Migrationshintergrund:

- Ausländerinnen und Ausländer
- Eingebürgerte
- (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler
- Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Adoption erhalten haben
- Kinder dieser vier Gruppen

Dies bedeutet, dass in Deutschland geborene Deutsche einen Migrationshintergrund haben können, wenn mindestens ein Elternteil ausländisch, eingebürgert, deutsch durch Adoption oder (Spät-)Aussiedlerin beziehungsweise (Spät-)Aussiedler ist. Dieser Migrationshintergrund leitet sich dann ausschließlich aus den Eigenschaften der Eltern ab. Diese Personen »vererben« ihren Migrationshintergrund aber nicht an ihre Nachkommen, da sie selbst mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind.

Im Kapitel wird unterschieden zwischen Personen, die selbst zugewandert sind und somit eigene Migrationserfahrung haben, und den nachfolgenden, zweiten und höheren Generationen, die bereits in Deutschland geboren wurden und über keine eigene Migrationserfahrung verfügen. Des Weiteren wird zwischen ausländischen Personen (einschließlich Staatenlosen) und Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft unterschieden. Letztere können die deutsche Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung, als (Spät-)Aussiedlerin oder (Spät-)Aussiedler, durch Adoption oder durch Geburt erlangt haben.

Die **deutsche Staatsangehörigkeit** wird im Regelfall kraft Gesetzes, ohne Antrag oder behördliches Zutun mit der Geburt erworben. Dies gilt für Kinder eines deutschen Elternteils (sogenanntes Abstammungs- oder ius-sanguinis-Prinzip) und seit dem Jahr 2000 auch für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern, wenn mindestens ein Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes sich seit acht oder mehr Jahren rechtmäßig im Inland aufhält und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt (sogenanntes Territorial- oder ius-soli-Prinzip). Daneben haben die sogenannten **Optionskinder** auch die ausländische Staatsbürgerschaft ihrer Eltern, also eine doppelte Staatsbürgerschaft.

Jahr. Danach schwankte die jährliche Zahl der Einbürgerungen zwischen 94 000 Personen und zuletzt 129 000 Personen im Jahr 2019.

- Seit 2000 wurden 695 000 sogenannte Optionskinder geboren, die über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, obwohl dies bei beiden Elternteilen nicht der Fall ist.
- Laut Mikrozensus hatte im Jahr 2019 mehr als jedes dritte der 723 000 Neugeborenen Eltern(-teile) mit ausländischen Wurzeln. Das waren 289 000 Babys, von denen 201 000 mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurden.

Eine reine Auswertung der Staatsangehörigkeit würde diese Bevölkerungsgruppen unsichtbar bleiben lassen. Durch das Konzept des Migrationshintergrunds können für diese Menschen zum Beispiel die demografischen Merkmale beschrieben und ihre Integration sowie potenzielle bestehende Ungleichheiten analysiert werden. ▶ [Info 1](#)

Im Jahr 2019 lebten in Deutschland 21,2 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Davon sind 7,6 Millionen Menschen in Deutschland geboren, 13,7 Millionen waren Zuwanderinnen

und Zuwanderer. Diese Personen sind im Ausland geboren und im Lauf ihres Lebens nach Deutschland zugewandert; daher besitzen sie eigene Migrationserfahrung. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterscheidet sich in vielen Merkmalen von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Aber auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund selbst ist keine homogene Gruppe. Dies zeigt sich bei den Kennziffern und Anteilen in Tabelle 1 in der Untergliederung nach der Zuwanderungsgeneration und der Nationalität deutsch / nicht deutsch. Diese Unterschiede beruhen auf demografischen und auch auf sozioökonomischen Sachverhalten, auf die in diesem Kapitel näher eingegangen wird. ▶ [Tab 1](#)

1.2.1 Historische Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Die Zuwanderung nach Deutschland wird hier seit Anfang der 1950er-Jahre betrachtet, mit dem beginnenden Zuzug von Aussiedlerinnen und Aussiedlern. Diese Menschen sind Angehörige deutscher Minderheiten aus Mittel- und Osteuropa und teilweise Zentralasien, dar-

unter vor allem aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion sowie aus Polen und Rumänien. Sie sind Nachkommen von Deutschen, die teilweise vor mehreren Jahrhunderten in diese Länder ausgewandert waren und dort über Generationen hinweg ihre Sprache und Kultur beibehalten hatten. Die Bundesrepublik Deutschland hat 1953 mit dem Bundesvertriebenengesetz eine rechtliche Grundlage für die Rückkehr dieser Menschen geschaffen. Von 1950 bis 2019 kamen knapp 4,6 Millionen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, der Großteil (2,6 Millionen) von 1988 bis 1999 (siehe auch Kapitel 1.1, Seite 11, Tab 6).

Die Ankunft der sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in den 1950er- und 1960er-Jahren – unter anderem aus Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Portugal und dem ehemaligen Jugoslawien – war das zweite bedeutende Ereignis in der Zuwanderungsgeschichte Deutschlands. Durch die lange Aufenthaltsdauer dieser Menschen sind aus der Zuwanderung in der Zwischenzeit neue Generationen entstanden. Ehemalige Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter haben

▶ **Tab 1** Bevölkerung nach Migrationsstatus 2019

	Mit Migrationshintergrund					Ohne Migrationshintergrund
	insgesamt	Ausländer/-innen		Deutsche		
		mit eigener	ohne eigene	mit eigener	ohne eigene	
Migrationserfahrung						
Anzahl in 1 000	21 246	8 556	1 564	5 125	6 000	60 603
Anteil an der Gesamtbevölkerung in %	26,0	10,5	1,9	6,3	7,3	74,0
Durchschnittsalter in Jahren	35,6	40,6	23,6	50,7	18,7	47,3
Mittlere Aufenthaltsdauer in Jahren	19,8	16,0	X	29,5	X	X
Durchschnittliche Haushaltsgröße in Personen	3,2	3,0	3,6	2,7	3,7	2,5
Anteile der ... in %						
Frauen	48,9	47,5	45,5	52,4	48,8	51,1
unter 15-Jährigen	20,8	9,2	36,2	1,9	49,6	11,2
über 65-Jährigen	9,7	10,6	1,7	21,1	1,0	24,9
Ledigen	48,2	34,9	71,2	19,3	85,7	39,5
Verheirateten	42,9	54,6	24,4	65,0	12,2	45,5
in einer Familie Lebenden (als Eltern oder Kinder)	63,3	53,6	80,4	47,7	85,9	43,1

Bevölkerung in Privathaushalten.
 X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.
 Datenbasis: Mikrozensus

in Deutschland Kinder und teilweise bereits Enkel bekommen. Daher bilden auch heute noch Menschen mit Wurzeln in diesen sogenannten Gastarbeiter-Anwerbeländern eine bedeutende Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland (6,8 Millionen Menschen).

Die Europäische Union (EU) war für die Bundesrepublik Deutschland schon immer eine der wichtigsten Herkunftsregionen der Zuwanderinnen und Zuwanderer. Beispielsweise konnte auf dem Höhepunkt der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 ein verstärkter Zuzug überdurchschnittlich gut gebildeter Personen registriert werden. Zusammen 5,3 Millionen der insgesamt 13,7 Millionen in Deutschland lebenden Zuwanderinnen und Zuwanderer stammten 2019 aus einem Mitgliedstaat der EU. Es ist sinnvoll, die Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten danach zu unterscheiden, in welchem Jahr der EU-Beitritt erfolgte (siehe hierzu Kapitel 1.1, Seite 24, Abb 9). Grund dafür ist, dass die 3,5 Millionen Zugewanderten aus den seit 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten für die Einwanderung in Deutschland bedeutsamer sind und einer größeren Dynamik unterliegen als die 1,7 Millionen Zugewanderten aus den alten Mitgliedstaaten. Europa als Kontinent – das heißt die EU-Staaten und die sonstigen europäischen Staaten – ist weiterhin die wichtigste Herkunftsregion der Zuwanderinnen und Zuwanderer in Deutschland. Rund 67 % der insgesamt 13,7 Millionen Menschen dieser Personengruppe stammten aus einem europäischen Staat.

Die seit Jahrzehnten andauernde, sehr heterogene Zuwanderung hat dazu geführt, dass ein steigender Anteil der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund hat. Seit dem Jahr 2005 stehen für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund durchgehende Zeitreihen zur Verfügung. Dieses Kapitel beleuchtet in der Regel vier Untergruppen der Personen mit Migrationshintergrund:

1. Ausländerinnen und Ausländer oder Staatenlose mit eigener Migrationser-

fahrung, also selbst Zugewanderte ohne deutsche Staatsbürgerschaft,

2. in Deutschland geborene Ausländerinnen und Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung, also ein Teil der sogenannten zweiten (oder höheren) Zuwanderungsgeneration,
3. zugewanderte Deutsche mit Migrationshintergrund und mit eigener Migrationserfahrung (beispielsweise Aussiedlerinnen und Aussiedler, Eingebürgerte und Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Adoption erlangt haben) sowie
4. in Deutschland geborene Deutsche mit Migrationshintergrund, aber ohne eigene Migrationserfahrung (Kinder der drei vorgenannten Gruppen; ebenfalls Teil der sogenannten zweiten [oder höheren] Zuwanderungsgeneration).

Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund stieg von 14,4 Millionen Personen in Privathaushalten im Jahr 2005 um 47 % auf 21,2 Millionen im Jahr 2019 an. Die Zahl der Menschen ohne Migrationshintergrund ging dagegen im gleichen Zeitraum von 66,1 Millionen um rund 8 % auf 60,6 Millionen zurück. ▶ [Info 2, Abb 1](#)

Von 2005 bis 2010 war die Zahl der zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer nahezu unverändert. Danach stieg sie infolge der hohen Nettozuwanderung ab 2011 an, vor allem aus den Staaten der EU-Osterweiterung (siehe Kapitel 1.1, Seite 24, Abb 9) und aus den Ländern, die besonders von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise betroffen waren (beispielsweise Spanien). Die hohe Zuwanderung von Schutzsuchenden ab 2014 gab dieser Entwicklung eine weitere Dynamik. Diese Personengruppe kommt insbesondere aus Syrien, Irak und Afghanistan. Allerdings ist die humanitäre Zuwanderung nach Deutschland nicht neu: Bereits in den 1990er-Jahren gab es, bedingt durch die kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan, einen starken Zuzug von Schutzsuchenden. Mit rund 438 200 Personen erreichte die Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Deutschland 1992 einen ersten Höchststand. Danach ging sie kontinuierlich bis

▶ Info 2

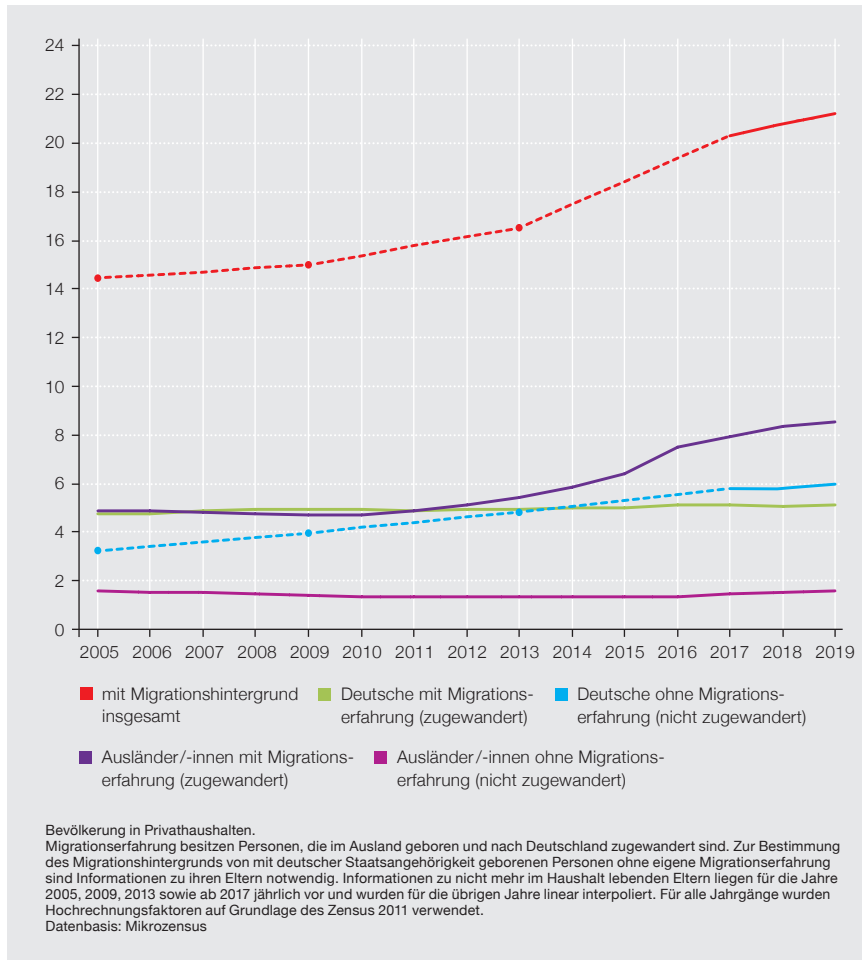
Methodischer Hinweis zur korrigierten Hochrechnung

Der Mikrozensus 2005 bis einschließlich 2010 nutzt für die Hochrechnung der Ergebnisse Hochrechnungsfaktoren, die für das frühere Bundesgebiet auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987 sowie für die ehemalige DDR auf dem Zentralen Einwohnerregister (Stand 3. Oktober 1990) basieren. Der Zensus 2011 hat jedoch gezeigt, dass diese fortgeschriebenen Ergebnisse verzerrt waren: Es lebten zum Stichtag des Zensus 2011 etwa 400 000 Deutsche und rund 1,1 Millionen Ausländerinnen und Ausländer weniger in Deutschland als bisher angenommen. Die Jahrgänge vor 2011 wurden jedoch nicht offiziell revidiert und neu hochgerechnet. Die Ergebnisse der Mikrozensus-Jahrgänge 2005 bis 2010 sind daher nicht ohne Weiteres mit denen ab 2011 vergleichbar.

Im Jahr 2017 hat das Statistische Bundesamt jedoch aufgrund einer Anforderung des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) Bevölkerungszahlen auf Basis des Zensus 2011 bis einschließlich 1990 zurückgerechnet und darauf basierend die Hochrechnungsfaktoren neu berechnet. Die in diesem Kapitel berechneten Daten für die Jahre vor 2011 basieren auf diesen korrigierten Hochrechnungsfaktoren. Damit sind ununterbrochene Zeitreihen ab 2005 verfügbar. Die neuen Ergebnisse der Jahre 2005 bis 2010 für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund wurden zudem in einer Sonderreihe der Fachserie 1 »Bevölkerung und Erwerbstätigkeit«, Reihe 2.2 »Bevölkerung mit Migrationshintergrund« auf www.destatis.de veröffentlicht.

auf 28 000 Personen im Jahr 2008 zurück. Dies vor allem, weil seit 1997 innerhalb der EU im Rahmen der sogenannten Dublin-Verordnung grundsätzlich derjenige Mitgliedstaat den Asylantrag zu prüfen hat, in den die oder der Schutzsuchende zuerst eingereist ist. Seit 2009 kamen wieder mehr Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach Deutschland. Im Jahr 2014 wurden 202 800 Asylanträge gestellt. Das Jahr 2015 stellte mit 476 600 Anträgen bereits einen neuen Höchstwert dar, der 2016 mit 745 500 Anträgen nochmals übertroffen wurde. Die Zahlen für 2019 waren mit 165 900 Anträgen weitaus geringer, aber historisch gesehen noch immer auf einem hohen Niveau.

► Abb 1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund – in Millionen



Die Zahl der in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer ist von 2005 bis 2015 um 15 % zurückgegangen. Dies war neben erfolgten Einbürgerungen vor allem auf die Änderung des Ausländergesetzes im Jahr 2000 zurückzuführen, wonach unter bestimmten Voraussetzungen Kindern ausländischer Eltern bei Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft erteilt wird (siehe Info 1). Von 2015 bis 2019 hingegen ist die Zahl der in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer um 17 % gestiegen. Das liegt unter anderem an der hohen Zuwanderung von Schutzsuchenden seit 2014 und daran, dass wieder mehr Kinder geboren wurden, die die Voraussetzungen

für die deutsche Staatsangehörigkeit zum Zeitpunkt der Geburt nicht erfüllten.

Die Gruppe der zugewanderten Deutschen mit Migrationshintergrund ist von 2005 bis 2019 nur leicht angewachsen (+ 8 %), vor allem, weil nur noch wenige Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach Deutschland zuwanderten.

Dagegen stieg die Zahl der in Deutschland geborenen Deutschen mit Migrationshintergrund seit 2005 um 85 %. Dies ist die größte strukturelle Veränderung insgesamt. Die Zunahme lag vor allem daran, dass Eltern mit Migrationshintergrund in diesem Zeitraum Kinder bekamen, die mit deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren wurden. Ein

weiterer Grund für den Anstieg sind Einbürgerungen von in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern.

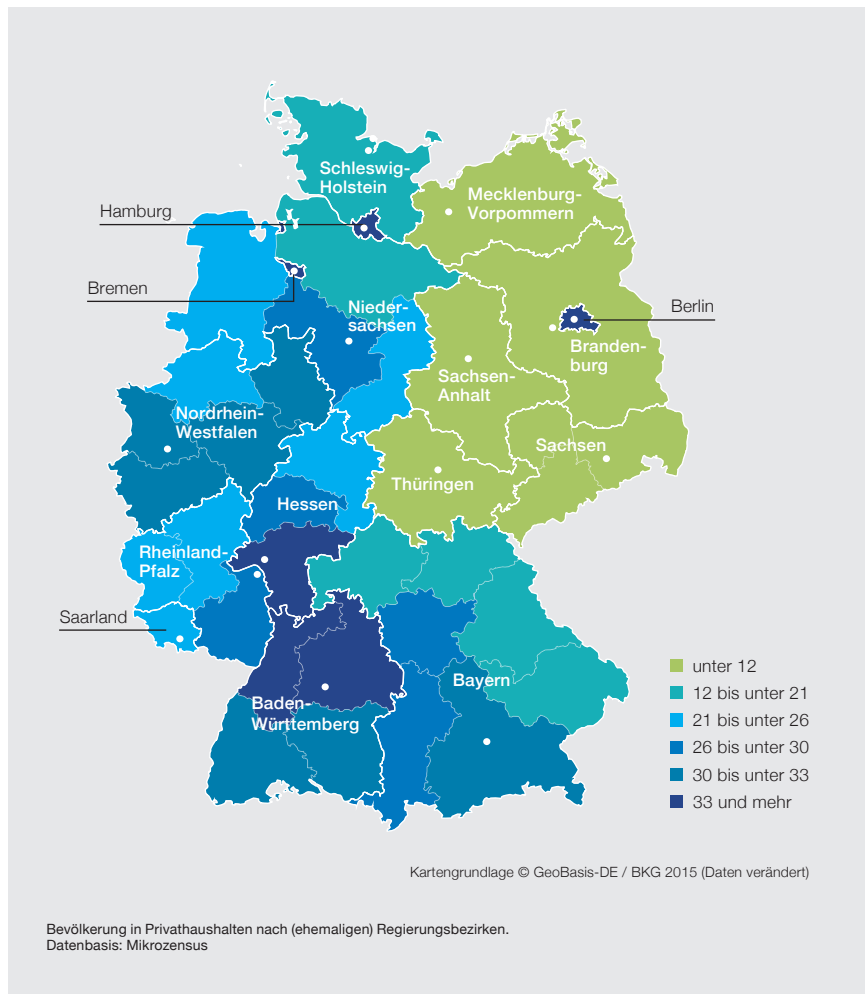
Eine ausführlichere Beschreibung der historischen Entwicklung der Zuwanderung befindet sich in Kapitel 1.1.3, Seite 19.

1.2.2 Regionale Verteilung und Herkunftsländer

Aus geografischer Perspektive betrifft Migration vor allem das frühere Bundesgebiet. Westdeutsche Großstädte und alte industrielle Zentren weisen historisch bedingt hohe Anteile an Menschen mit Migrationshintergrund auf. In den genannten Regionen im Westen war der Bedarf an Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern infolge des Wirtschaftsaufschwungs ab den 1950er-Jahren besonders groß. Dieses räumliche Verteilungsmuster besteht bis heute, wie ein Vergleich der Bundesländer zeigt. Im Jahr 2019 war der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund am höchsten in den Stadtstaaten Bremen (37 %), Hamburg (34 %) und Berlin (33 %) sowie in den Flächenländern Hessen, Baden-Württemberg (jeweils 34 %) und Nordrhein-Westfalen (31 %). In den neuen Ländern (ohne Berlin) waren es hingegen nur 8 %. In den westlichen Flächenländern gab es je nach Regierungsbezirk teilweise große regionale Unterschiede. ► Abb 2

Im Jahr 2019 stammten rund 35,2 % der 21,2 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund aus den Ländern der Europäischen Union, vor allem aus Polen (2,2 Millionen Menschen beziehungsweise 10,5 %). Weitere 29,7 % kamen aus europäischen Staaten außerhalb der EU, darunter vor allem aus der Türkei (2,8 Millionen Menschen beziehungsweise 13,3 %) und der Russischen Föderation (1,4 Millionen Menschen beziehungsweise 6,5 %). Der Nahe und Mittlere Osten ist ebenfalls eine bedeutsame Herkunftsregion (3,2 Millionen Menschen beziehungsweise 15,2 %). Vor allem Kasachstan, eines der Hauptherkunftsländer der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, machte mit rund 1,2 Millionen Menschen den größten Anteil aus (5,9 %).

▶ Abb 2 Anteil der Personen mit Migrationshintergrund 2019 – in Prozent



Es folgten Syrien (843 000 Personen, 4,0 %), Irak (310 000 Personen, 1,5 %) und Iran (237 000 Personen, 1,1 %). Aus den übrigen Regionen Asiens kamen weitere 1,4 Millionen Personen (6,5 %); darunter war Afghanistan mit 297 000 Menschen (1,4 %) besonders relevant. In den nordafrikanischen Staaten Marokko, Ägypten, Algerien, Libyen und Tunesien hatten zusammen 459 000 Menschen, die nun in Deutschland leben, ihre Wurzeln (2,2 %).

Je nach Herkunftsregion variierten der Anteil der Zugewanderten – also der Anteil der im Ausland geborenen Menschen – sowie der Ausländeranteil, das heißt der Anteil der Menschen ohne

deutsche Staatsangehörigkeit. Beispielsweise waren 77,0 % der Personen mit Wurzeln im Nahen und Mittleren Osten selbst zugewandert, während dies nur auf 62,6 % der Personen afrikanischer Herkunft zutrif.

1.2.3 Alters- und Geschlechtsstruktur

Menschen mit Migrationshintergrund waren 2019 im Durchschnitt 35,6 Jahre alt und damit wesentlich jünger als Menschen ohne Migrationshintergrund (47,3 Jahre). Die Alterspyramide zeigt, dass bei Zuwanderinnen und Zuwanderern – also bei Menschen mit eigener

Migrationserfahrung – die Gruppe der 25- bis 49-Jährigen besonders stark vertreten ist. Rund 48 % aller Personen mit Migrationserfahrung gehörten 2019 dieser Altersgruppe an. Bei Personen ohne eigene Migrationserfahrung – also den in Deutschland Geborenen – waren 47 % unter 15 Jahre alt und bildeten hier die größte Altersgruppe. Hierbei handelt es sich um die zweite und zu einem kleineren Teil auch dritte Zuwanderungsgeneration, also die in Deutschland geborenen Kinder von Zugewanderten. ▶ Abb 3

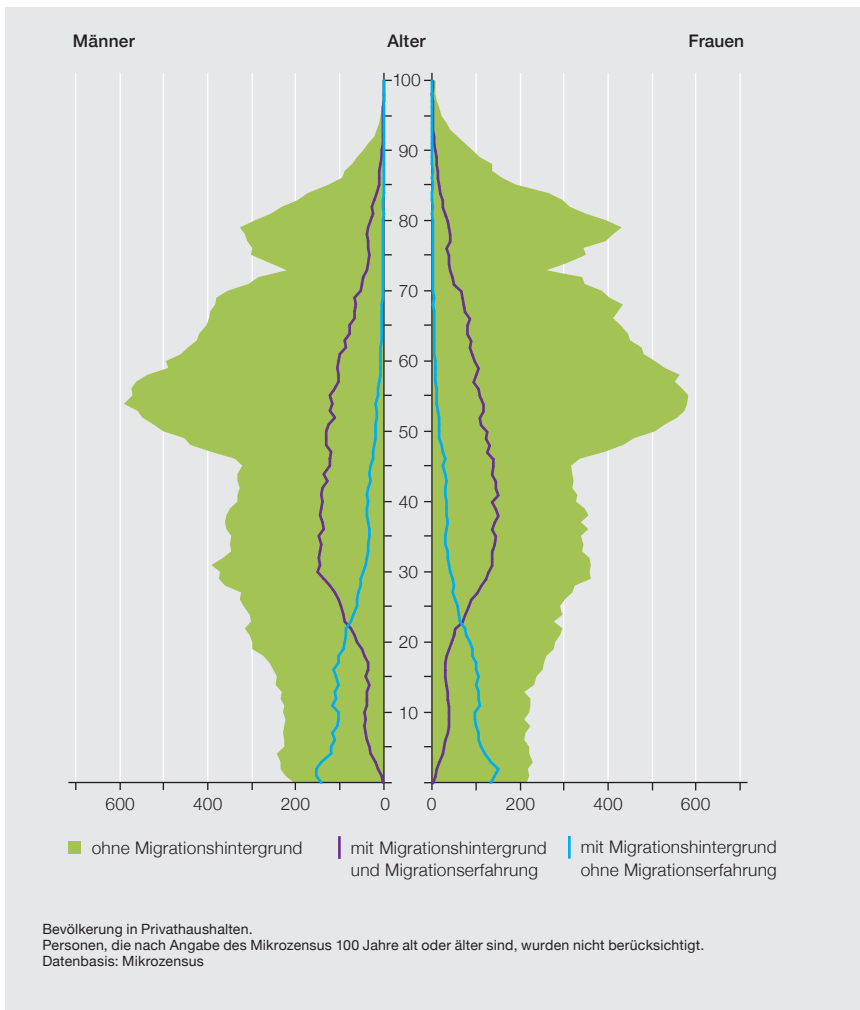
Das niedrigere Durchschnittsalter der Menschen mit Migrationshintergrund beeinflusst viele soziodemografische Eigenschaften dieser Bevölkerungsgruppe: Es gibt mehr Ledige, mehr Menschen in schulischer oder beruflicher Ausbildung und weniger Rentnerinnen und Rentner. Dies muss bei der Interpretation von Statistiken berücksichtigt werden. Auch der leicht höhere Männeranteil in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (51,1 % gegenüber 48,9 % bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund) resultiert unter anderem aus der überproportionalen Zuwanderung von ledigen Männern im erwerbsfähigen Alter. Insgesamt gibt es große Unterschiede im Geschlechterverhältnis nach Herkunftsländern. Am höchsten war 2019 der Männeranteil bei Personen aus Pakistan (61 %), Syrien und Israel (jeweils 60 %); am niedrigsten bei Personen aus Thailand (28 %), von den Philippinen (30 %) und aus Belarus (35 %).

1.2.4 Schulische und berufliche Qualifikation

Menschen mit beziehungsweise ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer schulischen und beruflichen Qualifikation. Dies beeinflusst ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt und damit ihre Fähigkeit, Erwerbseinkommen zu erzielen. Ebenso wirken sich die Unterschiede auf die Höhe des Erwerbseinkommens und eine mögliche Armutsgefährdung aus.

Im Jahr 2019 verfügten Menschen mit Migrationshintergrund generell seltener über mittlere, nicht akademische Bildungs-

► **Abb 3** Altersaufbau der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 2019 – in Tausend Personen je Altersjahr



abschlüsse. Häufiger als bei Menschen ohne Migrationshintergrund fehlten bei ihnen Schul- oder berufsqualifizierende Abschlüsse (Bildungsstand siehe Kapitel 2.1, Seite 53, Info 2). Allerdings relativieren sich diese Aussagen, wenn man die verschiedenen Untergruppen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gesondert betrachtet.

So waren sowohl zugewanderte als auch hier geborene Ausländerinnen und Ausländer 2019 formal schlechter qualifiziert als Deutsche mit Migrationshintergrund. Dies galt auch, wenn man die Personen mit eigener Migrationserfahrung – also Zugewanderte – mit den in

Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund – also der zweiten Generation – vergleicht. Insbesondere die zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer im Alter von 25 bis 64 Jahren sind hinsichtlich des höchsten Berufsabschlusses sehr heterogen. So verfügten einerseits 46 % von ihnen über keinerlei Berufsabschluss, während 24 % einen akademischen Abschluss hatten. In dieser Gruppe befinden sich also sowohl verhältnismäßig viele hoch gebildete Personen als auch überproportional viele gering gebildete Menschen. Auch abhängig von der regionalen Herkunft gibt es deutliche Unterschiede. So haben knapp

35,6

Jahre alt waren 2019 Menschen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt. Damit waren Sie durchschnittlich wesentlich jünger als Menschen ohne Migrationshintergrund (47,3 Jahre).

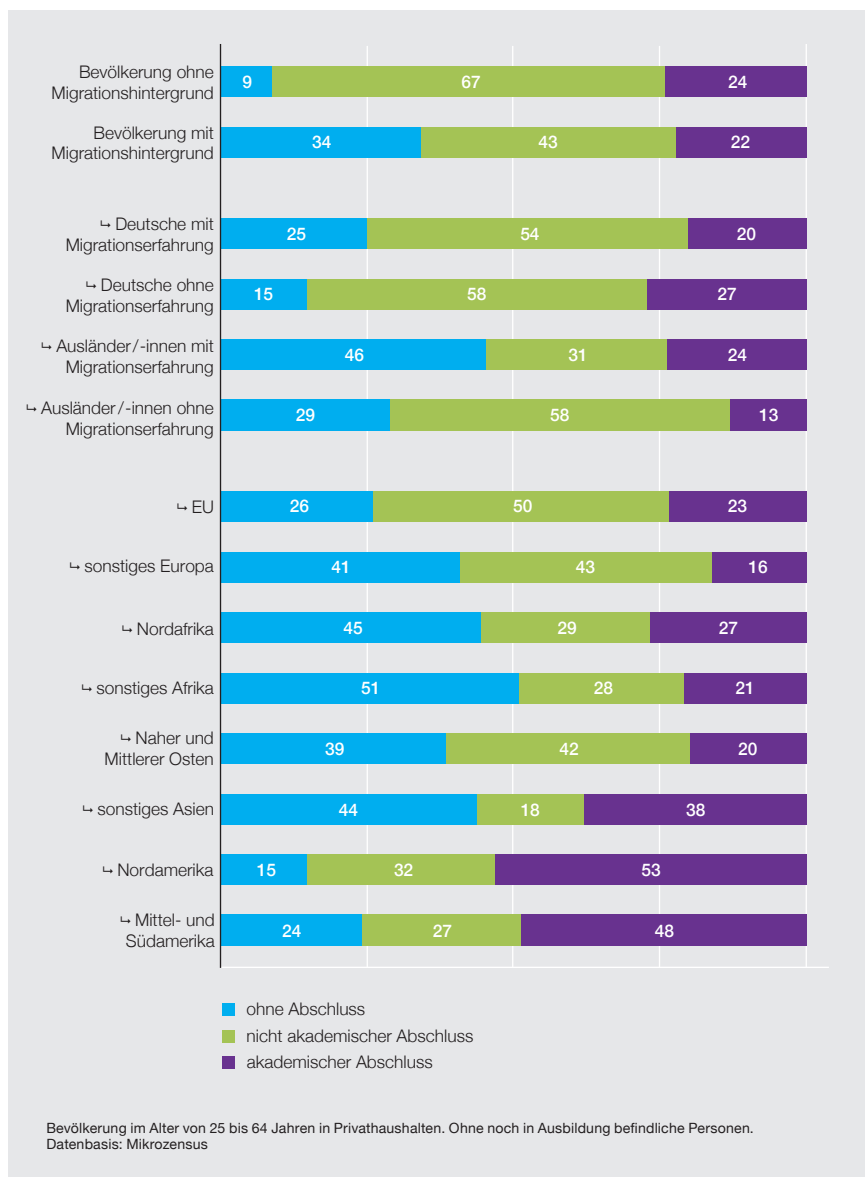


24

Prozent der zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer im Alter von 25 bis 64 Jahren hatten 2019 einen akademischen Abschluss.



► **Abb 4** Bevölkerung nach Migrationsstatus, Herkunftsregion und höchstem berufsqualifizierenden Abschluss 2019 – in Prozent



die Hälfte aller Personen mit Migrationshintergrund aus Nord- beziehungsweise Mittel- und Südamerika einen akademischen Abschluss (53 beziehungsweise 48%), aber nur 16% der Personen mit Wurzeln in europäischen Ländern, die nicht zur EU gehören. ► [Abb 4](#)

Ein Blick auf die bildungsbezogenen Daten zur Integration zeigt, dass sich der Anteil der 25- bis 34-jährigen (Fach-) Hochschulabsolventen an den Personen mit Migrationshintergrund von 2005 (14%) bis 2019 verdoppelt hat. Er entspricht nun mit 28% fast dem der gleichaltrigen (Fach-)Hochschulabsolventen in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (29%). Die positive Entwicklung des steigenden Bildungsniveaus der Bevölkerung mit Migrationshintergrund verlangsamte sich durch die seit 2014 ver-

mehrte Zuwanderung von geringer qualifizierten Personen. In einigen Bereichen kehrte sich dieser Trend sogar um. So verringerte sich beispielsweise der Anteil der 18- bis 24-Jährigen ohne Schulabschluss zwischen 2005 und 2011 von rund 11 auf 8%; anschließend stieg er bis 2019 wieder auf 14%. ► [Tab 2](#)

Betrachtet man jedoch die Qualifikation der Personen mit eigener Migrationserfahrung im Alter von 25 bis 64 Jahren, stellt man fest: Je später die Zuwanderung erfolgte, umso größer war der Anteil derjenigen mit Abitur und Hochschulabschluss. Unter den nach dem Jahr 2000 Zugewanderten ist dieser Anteil deutlich höher als bei der gleichaltrigen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Dies zeigt, dass Deutschland seit dem Jahr 2000 ein attraktives Zielland für hoch qualifizierte Zuwanderer und Zuwanderer geworden ist. ► [Tab 3](#)

1.2.5 Arbeitsmarkteteiligung und Lebensunterhalt

Die Erwerbsquoten unterschieden sich im Jahr 2019 deutlich im Hinblick auf den Migrationshintergrund: In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lag die Erwerbsquote bei 73%; Menschen ohne Migrationshintergrund waren zu 82% erwerbstätig. Dies liegt vor allem an der jeweiligen Anzahl der Nichterwerbspersonen, die keine Arbeit suchen, weil sie sich in Ausbildung befinden oder ihre Rolle im Haushalt und in der Familie sehen. ► [Info 3](#)

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund profitierte in den letzten Jahren vom konjunkturellen Aufschwung; ihre Erwerbslosenquote sank von 17,9% im Jahr 2005 auf 5,7% im Jahr 2019. Dennoch ist die Erwerbslosenquote damit immer noch mehr als doppelt so hoch wie die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (2,5%). Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat demnach im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund noch immer schlechtere Arbeitsmarktchancen (siehe Tabelle 2).

Eine weitere relevante sozioökonomische Größe ist die Haupteinkommensquelle, mit der die Personen ihren Lebensunter-

halten

1.2.5 Arbeitsmarkteteiligung und Lebensunterhalt

Die Erwerbsquoten unterschieden sich im Jahr 2019 deutlich im Hinblick auf den Migrationshintergrund: In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lag die Erwerbsquote bei 73%; Menschen ohne Migrationshintergrund waren zu 82% erwerbstätig. Dies liegt vor allem an der jeweiligen Anzahl der Nichterwerbspersonen, die keine Arbeit suchen, weil sie sich in Ausbildung befinden oder ihre Rolle im Haushalt und in der Familie sehen. ► [Info 3](#)

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund profitierte in den letzten Jahren vom konjunkturellen Aufschwung; ihre Erwerbslosenquote sank von 17,9% im Jahr 2005 auf 5,7% im Jahr 2019. Dennoch ist die Erwerbslosenquote damit immer noch mehr als doppelt so hoch wie die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (2,5%). Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat demnach im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund noch immer schlechtere Arbeitsmarktchancen (siehe Tabelle 2).

Eine weitere relevante sozioökonomische Größe ist die Haupteinkommensquelle, mit der die Personen ihren Lebensunter-

► **Tab 2** Ausgewählte Integrationsindikatoren – in Prozent

	2005	2009	2011	2014	2017	2018	2019
Anteil der 18- bis 24-jährigen Personen ohne Schulabschluss							
Personen ohne Migrationshintergrund	4,0	3,8	4,1	4,2	3,5	3,6	3,6
Personen mit Migrationshintergrund	10,6	10,2	8,3	9,5	13,8	14,0	13,5
Anteil der 25- bis 34-jährigen Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss							
Personen ohne Migrationshintergrund	17,6	20,4	20,6	24,3	26,8	27,7	28,7
Personen mit Migrationshintergrund	13,9	16,0	17,6	24,0	27,3	27,7	28,3
Anteil der Erwerbslosen in der Erwerbsbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren							
Personen ohne Migrationshintergrund	9,8	6,6	5,2	4,4	3,1	2,7	2,5
Personen mit Migrationshintergrund	17,9	12,2	9,3	8,1	6,6	6,0	5,7
Anteil der armutsgefährdeten Erwerbstätigen (»Working Poor«)¹							
Personen ohne Migrationshintergrund	6,0	6,2	6,5	6,2	6,1	5,9	6,1
Personen mit Migrationshintergrund	13,8	13,3	13,9	13,8	14,0	13,9	14,5

Bevölkerung in Privathaushalten.

¹ Working Poor sind Personen, die armutsgefährdet sind, obwohl sie erwerbstätig sind.

Datenbasis: Mikrozensus

 ► **Tab 3** Qualifikation von Personen mit eigener Migrationserfahrung 2019

	Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren	Darunter		
		mit Abitur/ (Fach-) Hochschulreife	mit (Fach-) Hochschulabschluss	Durchschnittsalter
	in 1 000	in %		in Jahren
Personen mit eigener Migrationserfahrung insgesamt	9 769	38,5	21,7	44,0
zugewandert von ... bis ...				
↳ vor 1980	848	20,3	10,1	55,7
↳ 1980–1989	1 333	33,8	15,9	50,4
↳ 1990–1999	2 703	31,3	15,7	46,1
↳ 2000–2009	1 651	42,8	26,7	42,5
↳ 2010–2019	3 133	49,8	30,3	37,1
nachrichtlich: Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	33 190	38,8	23,4	46,9

Bevölkerung in Privathaushalten.

Datenbasis: Mikrozensus

halt überwiegend bestreiten. Der Anteil der Personen ab 15 Jahren mit Migrationshintergrund, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit bestreiten, lag 2019 bei 55 %. Damit lag er 1 Prozentpunkt über dem Anteil der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (54 %). Dies überrascht, da die Erwerbstätigenquoten der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren mit 69 % (mit Migrati-

onshintergrund) beziehungsweise 80 % (ohne Migrationshintergrund) deutlich voneinander abweichen. Der scheinbare Widerspruch löst sich aber auf, wenn man bedenkt, dass die 65-Jährigen und Älteren 25 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, aber nur 10 % der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ausmachten. Daher bestritten auch 30 % der Bevölkerung ohne Migrationshinter-

 ► **Info 3**

Erwerbstätigkeit

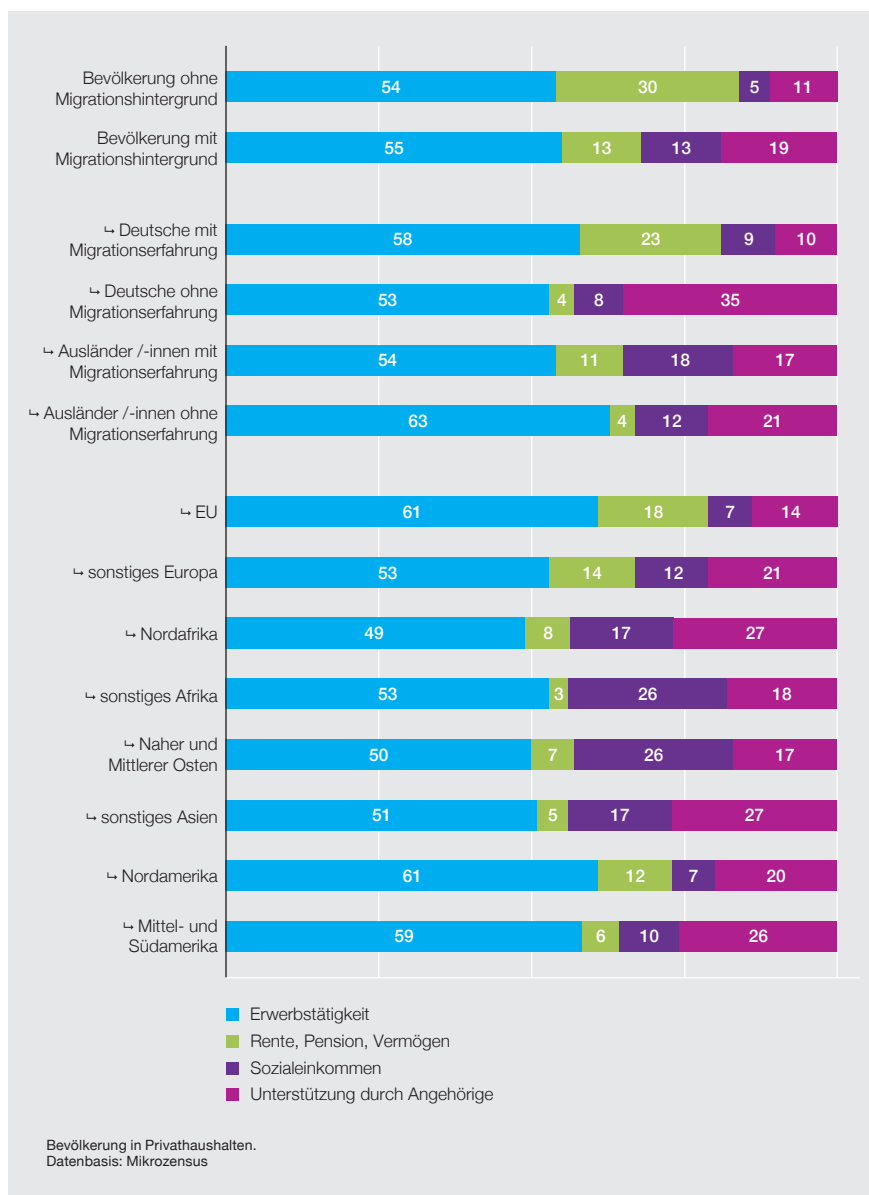
Die **Erwerbsquote** gibt den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter an. Die **Erwerbstätigenquote** ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Die **Erwerbslosenquote** gibt den Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an. Siehe hierzu Kapitel 5.1, Seite 150, Info 1.

Für die Analysen zum **Erwerbseinkommen** werden in diesem Kapitel die Löhne und Gehälter von abhängig Beschäftigten im Alter von 25 bis 64 Jahren mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 Stunden und mehr miteinander verglichen. Die Erwerbseinkommen von Selbstständigen, unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, Auszubildenden und in freiwilligen Diensten Beschäftigten bleiben dagegen unberücksichtigt.

grund ihren Lebensunterhalt aus Rente, Pension und Vermögen – und somit nicht aus Erwerbstätigkeit – gegenüber 13 % bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. ► [Abb 5](#)

Die Bedeutung der Unterstützung durch Angehörige war mit 11 % für Personen ohne Migrationshintergrund deutlich geringer als für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund (19 %). Bei der

► **Abb 5** Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren nach Migrationsstatus, Herkunftsregion und überwiegendem Lebensunterhalt 2019 – in Prozent



Abhängigkeit von Sozialeinkommen gilt das Gleiche in noch größerem Maße: Rund 5 % der Menschen ohne Migrationshintergrund lebten von Sozialeinkommen gegenüber 13 % der Personen mit Migrationshintergrund.

Die deutlichen Abweichungen innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lassen sich auf die Unterschiede in der Altersstruktur und bei der Erwerbs-

beteiligung zurückführen. Insbesondere Menschen mit Wurzeln in anderen EU-Staaten oder nordamerikanischen Staaten bestritten besonders häufig ihren Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit (je 61 %). Menschen mit Wurzeln in Asien (ohne Naher und Mittlerer Osten) und Nordafrika finanzierten ihren Lebensunterhalt besonders häufig durch die Unterstützung von Angehörigen (je 27 %).

1.2.6 Ökonomische Lage und Armutsgefährdung

Die ökonomische Situation von Menschen und ihren Haushalten wird in erster Linie vom Erwerbseinkommen geprägt. Die monatlichen Nettolöhne und -gehälter von in Vollzeit erwerbstätigen Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 25 bis 64 Jahren lagen 2019 um durchschnittlich 278 Euro oder 11 % unter jenen von Menschen ohne Migrationshintergrund. Innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund reichte dabei die Spannweite der durchschnittlichen Einkommen von 2 165 Euro bei Ausländerinnen und Ausländern mit eigener Migrationserfahrung (also Zugewanderten) bis 2 567 Euro bei Deutschen mit Migrationshintergrund ohne eigene Migrationserfahrung. Dies entspricht einer Differenz von 402 Euro oder 16 %. ► [Tab 4](#)

Unterscheidet man die Menschen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsregionen, so zeigen sich noch größere Abstände bei den Löhnen und Gehältern. Menschen mit Wurzeln in Afrika (außer Nordafrika) verdienten mit durchschnittlich 1 949 Euro besonders wenig. Personen mit Wurzeln in Nordamerika verdienten mit 3 084 Euro überdurchschnittlich viel – sowohl verglichen mit allen Menschen mit Migrationshintergrund (2 297 Euro) als auch mit denen ohne Migrationshintergrund (2 575 Euro).

Menschen mit Migrationshintergrund ohne akademischen beruflichen Bildungsabschluss verdienten 2019 monatlich im Durchschnitt 299 Euro mehr als jene, die gar keinen Berufsabschluss hatten, aber 979 Euro weniger als jene mit akademischem Abschluss. Für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund macht sich eine höhere berufliche Qualifikation jedoch stärker bezahlt. Die entsprechenden Werte lagen bei 369 Euro beziehungsweise 1 341 Euro Unterschied. Insgesamt bestätigen die Daten einen Zusammenhang zwischen beruflicher Qualifikation und Höhe des erzielten Erwerbseinkommens. Diese sogenannte Bildungsrendite ist für Menschen ohne

► **Tab 4** Durchschnittliches monatliches Nettogehalt abhängig Vollzeitbeschäftigter nach Migrationsstatus und Herkunftsregion 2019 – in Euro

	Durchschnittliches monatliches Nettogehalt insgesamt	Berufsqualifizierender Abschluss		
		ohne	nicht akademisch	akademisch
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	2 575	1 871	2 240	3 581
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	2 297	1 837	2 136	3 115
Deutsche mit eigener Migrationserfahrung	2 358	1 940	2 203	3 137
Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung	2 567	1 894	2 287	3 390
Ausländer/-innen mit eigener Migrationserfahrung	2 165	1 787	1 948	2 998
Ausländer/-innen ohne eigene Migrationserfahrung	2 325	1 895	2 283	3 221
EU	2 340	1 787	2 132	3 277
sonstiges Europa	2 229	1 941	2 179	2 864
Nordafrika	2 318	1 839	2 097	3 081
sonstiges Afrika	1 949	1 524	1 859	2 870
Naher und Mittlerer Osten	2 153	1 781	2 092	2 760
sonstiges Asien	2 470	1 740	2 023	3 192
Nordamerika	3 084	2 599	2 131	3 843
Mittel- und Südamerika	2 536	1 996	2 049	2 970

Bevölkerung in Privathaushalten.

Abhängig Beschäftigte im Alter von 25 bis 64 Jahren mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 Stunden und mehr; ohne Selbstständige und unbezahlt mithelfende Familienangehörige, ohne Auszubildende und Personen in freiwilligen Diensten.

Datenbasis: Mikrozensus

Migrationshintergrund allerdings höher als für jene mit Migrationshintergrund. Weitere Faktoren, wie Berufswahl und Berufserfahrung, können sich ebenfalls auf das erzielte Erwerbseinkommen auswirken. Welche Faktoren nun aber zu den Einkommensunterschieden zwischen gleich Qualifizierten mit und ohne Migrationshintergrund führen, lässt sich allein anhand dieser Zahlen nicht beantworten.

Eine Zusammenfassung der sozio-ökonomischen Situation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ermöglicht die Armutsgefährdungsquote nach dem Mikrozensus. Die Armutsgefährdungsquote der Menschen mit Migrationshintergrund lag 2019 mit 28 % etwa zweieinhalbmal so hoch wie die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (12 %). Für zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer lag der Anteil mit 36 % noch

höher. Ein Blick auf die Herkunftsregionen zeigt deutliche Unterschiede: Personen mit Wurzeln in Nordamerika (15 %) und der EU (18 %) hatten ein eher geringeres Armutsrisiko. Personen, die aus Afrika (ohne Nordafrika) stammten (47 %) sowie aus dem Nahen und Mittleren Osten (43 %), waren besonders armutsgefährdet. ► [Info 4, Abb 6](#)

Kinder mit Migrationshintergrund waren mit 34 % deutlich häufiger armutsgefährdet als Kinder ohne Migrationshintergrund (12 %). Sie hatten im Vergleich zu den Erwachsenen auch ein deutlich höheres zusätzliches Armutsrisiko. In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lag die Armutsgefährdungsquote der Kinder um 6,0 Prozentpunkte über der der Gesamtbevölkerung, in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund betrug der Abstand dagegen nur +0,3 Prozentpunkte. Mehr als jedes

► Info 4

Armutsgefährdung

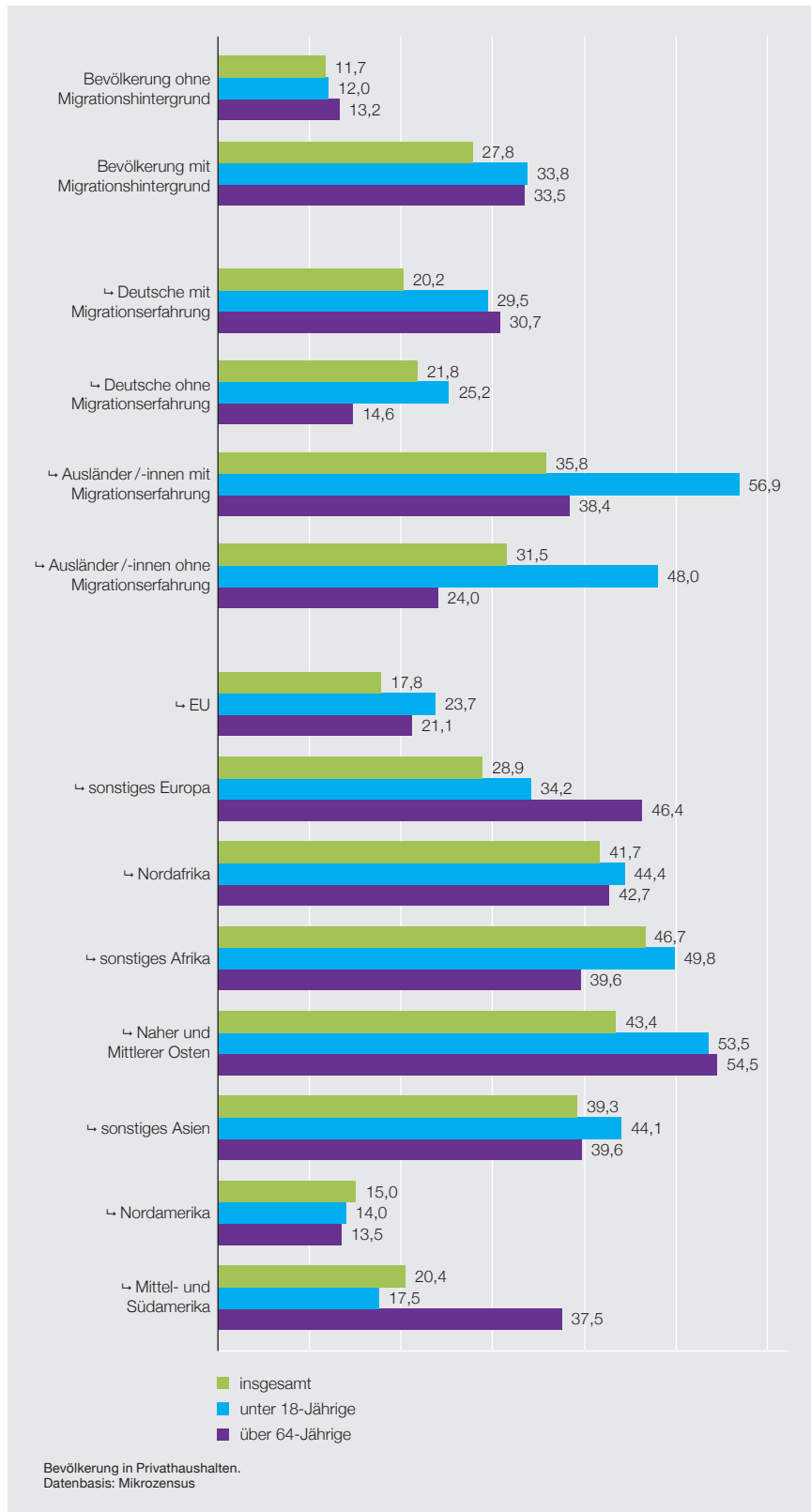
Für die Berechnung von **Armutsgefährdungsquoten** kommen mehrere Datenquellen der amtlichen Statistik in Betracht. Auf europäischer Ebene und auf Bundesebene (insbesondere im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung) wird zur Berechnung von Indikatoren, die die Einkommensarmut und -verteilung betreffen, die Statistik LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) als Datengrundlage herangezogen (siehe Kapitel 6.2, Seite 222). Armutsgefährdungsquoten für Personen mit Migrationshintergrund ermittelt ausschließlich der Mikrozensus. Dabei ist zu beachten, dass sich Mikrozensus und EU-SILC sowohl hinsichtlich des zugrunde liegenden Einkommenskonzepts und der Einkommenserfassung als auch hinsichtlich des Stichprobendesigns unterscheiden.

zweite Kind mit Wurzeln im Nahen und Mittleren Osten war 2019 armutsgefährdet (53 %).

Auch das Risiko für Altersarmut war 2019 bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund besonders ausgeprägt. Rund 33 % aller über 64-jährigen Personen mit Migrationshintergrund waren armutsgefährdet; das waren zweieinhalbmal so viele wie bei den über 64-Jährigen ohne Migrationshintergrund. Auch hier sind insbesondere Personen aus dem Nahen und Mittleren Osten betroffen – mehr als jede/jeder Zweite ist armutsgefährdet (55 %).

Der Anteil der armutsgefährdeten Erwerbstätigen (»Working Poor«) ist seit 2005 nahezu unverändert mit rund 14 % bei Personen mit Migrationshintergrund mehr als doppelt so hoch wie der von Personen ohne Migrationshintergrund (rund 6 %) (siehe Tabelle 2).

► **Abb 6** Armutsgefährdungsquote nach Migrationsstatus und Herkunftsregion 2019 – in Prozent



1.2.7 Wohnen

Beim Wohnen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund lebte 2018 nur zu 30 % in Wohneigentum. Personen ohne Migrationshintergrund lebten dagegen zu 54 % in »den eigenen vier Wänden«. Bei der Gesamtgröße der Wohnungen gibt es keine bedeutenden Unterschiede. Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund standen jedoch je Person rund 13 Quadratmeter weniger Wohnfläche zur Verfügung als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Hierbei spielte es keine Rolle, ob diese Personen in Eigentum oder zur Miete wohnen. Den geringsten Platz pro Kopf hatten Mieterinnen und Mieter mit Wurzeln in Nordafrika (25,8 Quadratmeter). Den meisten Platz pro Kopf hatten Mieterinnen und Mieter, die aus Nordamerika stammen (39,7 Quadratmeter). Allerdings lagen auch sie damit unter dem Durchschnitt der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (42,6 Quadratmeter). ► [Tab 5](#)

Die durchschnittliche Bruttokaltmiete im Monat betrug bei Menschen ohne Migrationshintergrund 567 Euro, was einer Bruttokaltmiete je Quadratmeter von 7,39 Euro entspricht. Bei Menschen mit Migrationshintergrund war die durchschnittliche monatliche Bruttokaltmiete etwa 30 Euro höher (598 Euro). Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zahlte 0,68 Euro Bruttokaltmiete je Quadratmeter mehr (8,07 Euro). Die höheren Mieten führen auch zu einer höheren Mietbelastungsquote bei Haushalten von Personen mit Migrationshintergrund. Die Mietbelastungsquote gibt an, welcher Anteil vom Haushaltsnettoeinkommen für die Bruttokaltmiete ausgegeben wird (Bruttokaltmiete siehe Kapitel 7.1, Seite 267, Info 4). Dieser Anteil betrug bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 24 %, bei den Haushalten mit Migrationshintergrund 27 %. Diese höhere Mietbelastung der Personen mit Migrationshintergrund resultiert zu einem aus der höheren Bruttokalt-

► Tab 5 Wohnsituation nach Migrationsstatus und Herkunftsregion 2018

	Eigentumsquote	Wohnfläche in Mietwohnungen pro Kopf	Durchschnittliche Bruttokaltmiete	Mietbelastungsquote des Haushalts
	in %	in m ²	in Euro	in %
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	53,9	42,6	567	24,3
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	30,2	29,9	598	26,6
Deutsche mit eigener Migrationserfahrung	41,7	36,1	562	26,2
Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung	40,4	27,7	654	25,2
Ausländer/-innen mit eigener Migrationserfahrung	17,2	29,0	580	27,7
Ausländer/-innen ohne eigene Migrationserfahrung	24,7	26,1	619	25,9
EU	32,4	33,4	601	25,2
sonstiges Europa	32,4	28,3	580	26,3
Nordafrika	15,2	25,8	599	26,6
sonstiges Afrika	11,7	28,4	557	29,6
Naher und Mittlerer Osten	24,7	27,1	577	29,4
sonstiges Asien	23,3	27,1	623	28,8
Nordamerika	33,8	39,7	822	26,0
Mittel- und Südamerika	28,4	32,9	700	26,4

Bevölkerung in Privathaushalten.
Angaben zur Wohnfläche nur von Personen in Mietwohnungen und mit gültigen Angaben zur Wohnfläche.
Datenbasis: Mikrozensus

miete, zum anderen aus dem niedrigeren Haushaltsnettoeinkommen dieser Bevölkerungsgruppe. Die höchste Mietbelastung hatten die Haushalte mit Migrationshintergrund aus Afrika (ohne Nordafrika) mit 30 % und dem Nahen und Mittleren Osten (29 %). Die geringste Mietbelastung der Personen mit Migrationshintergrund hatten Mieterinnen und Mieter mit Wurzeln in EU-Staaten (25 %).

1.2.8 Kinder mit Migrationshintergrund

In Deutschland lebten 2019 laut Mikrozensus rund 13,5 Millionen Kinder unter 18 Jahren, davon hatten 5,3 Millionen einen Migrationshintergrund (39 %). Die überwiegende Mehrheit der Kinder mit Migrationshintergrund hatte einen deutschen Pass (70 %). Nur jedes fünfte Kind mit Migrationshintergrund hatte

eigene Migrationserfahrung, ist also im Ausland geboren und dann zugewandert (21 %).

Hinsichtlich ihrer Lebenslagen unterscheiden sich Kinder mit beziehungsweise ohne Migrationshintergrund teilweise deutlich. Das betrifft sowohl die Größe des Haushalts, in dem sie wohnen, als auch die sozioökonomische Ausstattung des Elternhauses und ihre bisherige Laufbahn im Bildungssystem.

Kinder mit Migrationshintergrund leben in größeren Haushalten und haben tendenziell mehr Geschwister als Kinder ohne Migrationshintergrund. Rund 27 % der Kinder mit Migrationshintergrund lebten als Einzelkinder, 12 % lebten mit mindestens drei weiteren Geschwistern zusammen. Kinder ohne Migrationshintergrund waren hingegen häufiger das einzige Kind im Haushalt (33 %) und

hatten vergleichsweise selten drei oder mehr Geschwister (4 %).

Die Entwicklungschancen von Kindern werden maßgeblich von den Elternhäusern geprägt und mitbestimmt. Daher ist ein Blick auf die sozioökonomische Ausstattung der Elternhäuser von besonderer Bedeutung. Jedes dritte Kind mit Migrationshintergrund ist armutsgefährdet; ausländische Kinder waren sogar mehrheitlich einem Armutsrisiko ausgesetzt (53 %). Der Bildungsstand des Elternhauses bestimmt sehr deutlich, ob ein Kind nach der Grundschule seine Laufbahn auf dem Gymnasium fortsetzt oder nicht (siehe Kapitel 3.1, Seite 101). Nur 13 % aller Kinder, deren Eltern über keinen Bildungsabschluss verfügten, besuchten ein Gymnasium, während 64 % der Kinder aus Elternhäusern mit einem hohen Bildungsabschluss die höchste allgemeinbildende Schulform in Deutschland besuchten. Kinder aus hoch gebildeten Elternhäusern besuchten das Gymnasium etwas seltener, wenn sie einen Migrationshintergrund hatten (61 %), als wenn sie diesen nicht hatten (66 %). Besonders verschärft tritt dieser Effekt bei ausländischen Kindern auf: Ein vergleichsweise geringer Anteil von 50 % besuchte ein Gymnasium, obwohl das Elternhaus hoch gebildet war.

Kinder mit Migrationshintergrund besuchten 2019 also seltener das Gymnasium und häufiger die Hauptschule als Kinder ohne Migrationshintergrund. So besuchten 35 % aller Kinder mit Migrationshintergrund ein Gymnasium, gegenüber 46 % aller Kinder ohne Migrationshintergrund. Unterschiede gibt es auch innerhalb der Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund. So besuchten 18 % der zugewanderten ausländischen Kinder Hauptschulen, während dies nur für 6 % der in Deutschland geborenen deutschen Kinder mit Migrationshintergrund (beispielsweise Spätaussiedlerkinder) zutraf. Auch bei der Betrachtung nach Herkunftsregionen zeigen sich Unterschiede. Besonders selten besuchten Kinder mit Wurzeln im Nahen und Mittleren Osten das Gymnasium (27 %).

► **Tab 6** Kinder an allgemeinbildenden weiterführenden Schulen nach Migrationsstatus und Herkunftsregion 2019 – in Prozent

	Hauptschule	Realschule	Gesamtschule ¹	Gymnasium
Kinder insgesamt	5,5	20,9	32,1	41,4
Ohne Migrationshintergrund	3,5	19,5	31,5	45,5
Mit Migrationshintergrund	9,1	23,3	33,0	34,5
Deutsche mit eigener Migrationserfahrung	/	18,2	30,9	45,5
Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung	6,3	24,6	30,0	39,1
Ausländer/-innen mit eigener Migrationserfahrung	18,5	20,3	42,0	19,5
Ausländer/-innen ohne eigene Migrationserfahrung	10,7	22,9	37,4	29,8
EU	9,9	23,0	30,2	36,9
sonstige europäische Staaten	9,5	26,7	33,3	30,6
Nordafrika	/	22,2	40,7	35,2
sonstiges Afrika	/	18,8	45,8	29,2
Naher und Mittlerer Osten	13,2	21,5	37,9	27,1
sonstiges Asien	5,6	17,5	30,2	46,0
Nordamerika	/	/	/	58,8
Mittel- und Südamerika	/	/	30,0	43,3

Bevölkerung in Privathaushalten.

¹ Sowie sonstige weiterführende Schulen.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Datenbasis: Mikrozensus

Hingegen gingen insbesondere Kinder mit asiatischen Wurzeln jenseits des Nahen und Mittleren Ostens (zum Beispiel aus China und Vietnam) sowie Kinder mit mittel- oder südamerikanischen Wurzeln ähnlich häufig wie Kinder ohne Migrationshintergrund auf das Gymnasium. Spitzenreiter sind Kinder mit nordamerikanischem Hintergrund (59 %). ► [Tab 6](#)

1.2.9 Schutzsuchende in Deutschland

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht seit dem Jahr 2017 Zahlen zu den in Deutschland lebenden Schutzsuchenden. Die Daten stammen aus dem Ausländerzentralregister (AZR), das alle notwendigen Informationen über den aufenthaltsrechtlichen Status der in Deutschland registrierten Ausländerinnen und Ausländer enthält.

Zum Jahresende 2019 waren 1,8 Millionen Schutzsuchende in Deutschland

registriert. Das waren 16 % der ausländischen Bevölkerung. Schutzsuchende sind ausländische Personen, die sich unter Berufung auf völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe in Deutschland aufhalten. Dazu zählen:

- Personen, die sich vor dem oder im Asylverfahren befinden,
- Personen mit anerkanntem Schutzstatus, zum Beispiel Flüchtlinge nach der Genfer Konvention oder subsidiär Schutzberechtigte,
- abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die sich weiterhin in Deutschland aufhalten. ► [Info 5](#)

Schutzsuchende lassen sich nach dem sogenannten Schutzstatus unterscheiden. Personen, über deren Asylantrag noch nicht entschieden wurde, haben einen offenen Schutzstatus. Am Jahresende 2019 war dies bei 266 500 Schutzsuchenden der Fall (15 %). Bei 1 360 100 Schutzsuchenden (74 %) wurde das Gesuch auf Schutz

► Info 5

Schutzsuchende nach dem Ausländerzentralregister

Schutzsuchende sind alle Ausländerinnen und Ausländer (sowohl in Privathaushalten als auch in Gemeinschaftsunterkünften), die sich unter Berufung auf völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe in Deutschland aufhalten und zum Auswertungstichtag im Ausländerzentralregister (AZR) erfasst sind. Diese Definition umfasst drei Untergruppen, die aufgrund ihrer Heterogenität immer auch getrennt betrachtet werden sollten:

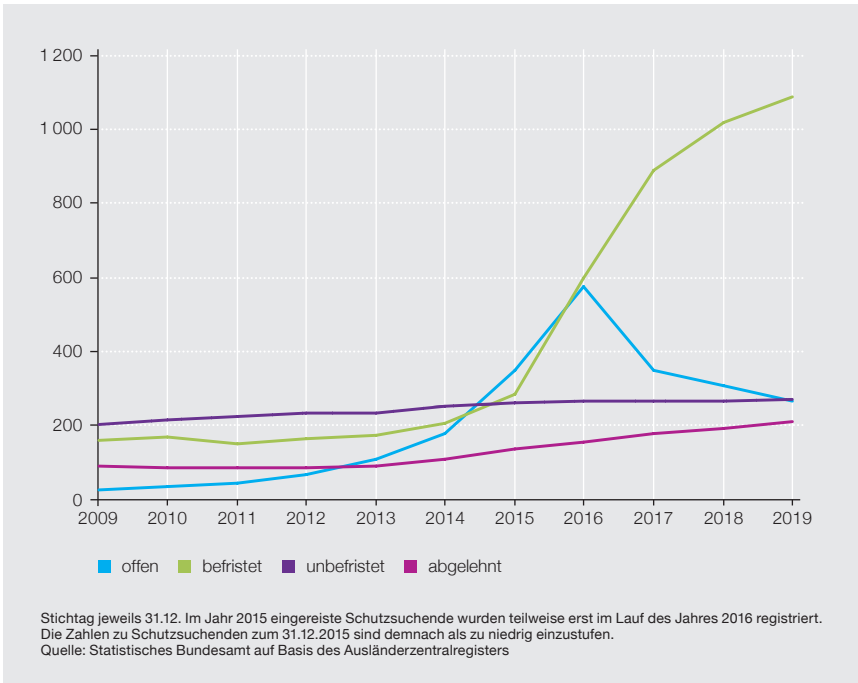
- Schutzsuchende mit offenem Schutzstatus halten sich zur Durchführung eines Asylverfahrens in Deutschland auf, wobei über ihren Schutzstatus noch nicht entschieden wurde.
- Schutzsuchende mit anerkanntem Schutzstatus besitzen einen befristeten oder unbefristeten Aufenthaltstitel aus dem humanitären Bereich des Aufenthaltsgesetzes.
- Schutzsuchende mit abgelehntem Schutzstatus halten sich nach Ablehnung im Asylverfahren oder nach Verlust ihres humanitären Aufenthaltstitels als Ausreisepflichtige in Deutschland auf.

Begriffe wie »Flüchtlinge«, »Asylberechtigte« oder »Asylbewerberinnen und Asylbewerber« werden oftmals als Synonyme für geflüchtete Menschen genutzt, beschreiben aber im Aufenthalts- und Asylrecht jeweils nur eine spezifische Teilmenge der Schutzsuchenden. Der Sammelbegriff »Schutzsuchende« soll darüber hinaus ausdrücken, dass das Ersuchen um humanitären Schutz nicht beziehungsweise noch nicht in allen Fällen von staatlicher Seite anerkannt ist.

Detaillierte Informationen dazu, welche aufenthaltsrechtlichen Sachverhalte für die Zuordnung zu den drei Gruppen ausschlaggebend sind, liefert eine Infografik zu Schutzsuchenden unter www.destatis.de auf der Themenseite »Migration und Integration«.

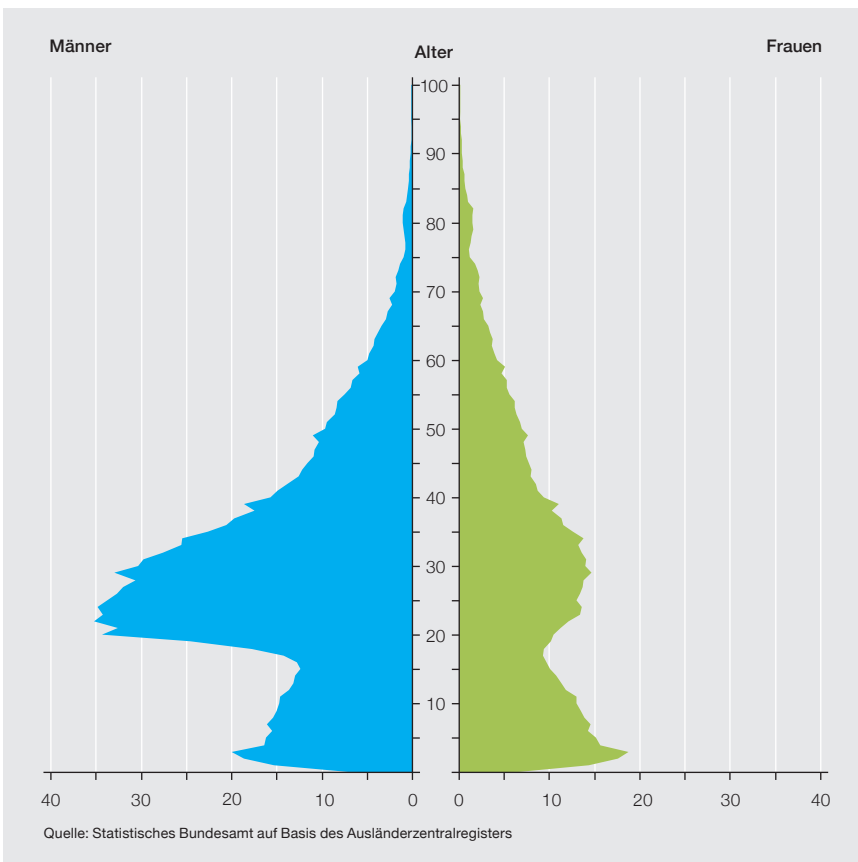
positiv entschieden – sie verfügten Ende 2019 über einen anerkannten Schutzstatus. Beim überwiegenden Teil von ihnen war diese Anerkennung jedoch nur befristet (80 %). Bei 212 600 Schutzsuchenden wurde der Antrag auf Asyl abgelehnt. Diese Personen hatten einen abgelehnten Schutzstatus und waren grundsätzlich ausreisepflichtig. Bei 84 % (178 500 Menschen) von ihnen war die Durchsetzung der Ausreisepflicht aufgrund einer Duldung vorübergehend ausgesetzt. ► [Abb 7](#)

► **Abb 7** Schutzsuchende nach Schutzstatus – in Tausend



Etwa die Hälfte aller Schutzsuchenden kam Ende 2019 aus drei Herkunftsländern: Syrien (586 900 Personen), Afghanistan (216 400 Personen) und Irak (192 700 Personen). Die meisten Schutzsuchenden mit offenem Schutzstatus kamen aus Afghanistan (47 600 Personen), die meisten mit befristeter Anerkennung aus Syrien (545 600 Personen). Bei den unbefristeten Anerkennungen lag die Ukraine (30 000 Personen) knapp vor der Russischen Föderation (29 400 Personen). Die meisten Schutzsuchenden mit abgelehntem Antrag kamen aus Afghanistan (24 900 Personen) und Irak (21 000 Personen). Bei den Schutzsuchenden dominieren junge Männer: Der Anteil der Männer unter den Schutzsuchenden lag bei 62 %. Insbesondere in den jüngeren Altersgruppen waren Männer überrepräsentiert. ► [Abb 8](#)

► **Abb 8** Altersaufbau der Schutzsuchenden 2019 – in Tausend je Altersjahr



1.2.10 Fazit und Ausblick

Jeder vierte Mensch in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Diese Bevölkerungsgruppe ist überdurchschnittlich jung. Sie wird in Zukunft durch Zuwanderung und Geburten voraussichtlich tendenziell weiterwachsen.

Personen mit Migrationshintergrund haben häufiger keinen allgemeinbildenden Schulabschluss oder berufsqualifizierenden Abschluss, sind eher erwerbslos und sind deutlich häufiger armutsgefährdet als Personen ohne Migrationshintergrund. Auch am Wohnungsmarkt zeigen sich Unterschiede – so leben Menschen mit Migrationshintergrund seltener in Eigentum, haben weniger Wohnfläche pro Kopf zur Verfügung und zahlen durchschnittlich eine höhere Miete. Auch wenn sich seit 2005 die Lage in mancher Hinsicht – etwa auf dem Arbeitsmarkt – verbessert hat, so existieren weiterhin deutliche Nachteile gegenüber der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Diese Nachteile haben direkten Einfluss auf die Entwicklungschancen der Kinder. So besuchen Kinder mit Migrationshintergrund insgesamt häufiger die Hauptschule und seltener das Gymnasium.

Bei einer anhaltend hohen Nettozuwanderung wird sich in den kommenden Jahren die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund – wie Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen (siehe Kapitel 1.1.4, Seite 25) – weiter erhöhen. Insbesondere der Zuzug der Schutzsuchenden dürfte innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu weiteren demografischen und sozio-ökonomischen Verschiebungen führen. Solche Veränderungen sind im Mikrozensus 2019 noch nicht vollständig sichtbar. Das liegt auch daran, dass Schutzsuchende im Mikrozensus unterrepräsentiert sind, da seit dem Mikrozensus 2017 nur für die Bevölkerung in Privathaushalten alle Merkmale erhoben wer-

den. Für Schutzsuchende, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, sind daher beispielsweise keine Informationen zur Bildung oder zur Erwerbstätigkeit verfügbar. Allerdings zeichnen sich in den Integrationsindikatoren Effekte ab, die auf die Zuwanderung der Schutzsuchenden zurückzuführen sind. Beispielsweise steigt seit 2014 der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss wieder an. Das zeigt einmal mehr, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund keine homogene Gruppe darstellt. Ohne dieses Wissen wäre ein flüchtiger Blick auf die Statistik verzerrt. Auch deshalb ist eine differenzierte Betrachtung dieser Thematik so wichtig.

1.3 Binnenwanderung

Matthias Rosenbaum-Feldbrügge,
Nikola Sander, Nico Stawarz

Bundesinstitut für
Bevölkerungsforschung (BiB)

Analysen zur Binnenwanderung befassen sich mit der durch Umzüge entstandenen räumlichen Mobilität innerhalb der Grenzen eines Landes. In Ländern wie Deutschland mit niedriger Geburtenrate und stabil hoher Lebenserwartung beeinflussen Wanderungsbewegungen in entscheidender Weise die regionale Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung. Beispielsweise können Wanderungsbewegungen das Arbeitskräftepotenzial oder die Altersstruktur von Bevölkerungen einzelner Regionen systematisch verändern. Gleichzeitig ist Binnenwanderung aber selbst das Resultat sozialer und wirtschaftlicher Bedingungen, die sich zwischen den Regionen und Kreisen Deutschlands deutlich unterscheiden können. So haben bei individuellen Umzugsentscheidungen zum Beispiel regionale Arbeits- oder Wohnungsmärkte sowie Bildungsmöglichkeiten (zum Beispiel Universitäten) einen entscheidenden Einfluss. Wanderungsbewegungen können das Arbeitskräftepotenzial oder die Altersstruktur von Bevölkerungen einzelner Regionen systematisch verändern, weshalb Informationen zur Binnenwanderung von großer Relevanz für die regionale Planung und Entwicklung sind.

Die zentrale Datengrundlage für die Analyse der innerdeutschen Wanderungsbewegungen bildet die Wanderungsstatistik, die alle Zu- und Fortzüge über Gemeindegrenzen innerhalb eines Kalenderjahres als Wanderungsfälle enthält und auf den in den Einwohnermeldeämtern erfassten An- und Ummeldungen basiert. Personen, die innerhalb eines Kalenderjahres mehrfach umziehen, sind somit auch mehrfach in der Wanderungsstatistik desselben Jahres enthalten. Für die tiefere Analyse des Binnenwanderungsgeschehens innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland über den Zeitraum 1991 bis 2018 werden in diesem Kapitel die aufbereiteten Wanderungsstatistiken des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) verwendet, da diese bezüglich verschiedener Kreisgebietsre-

formen angepasst worden sind und damit zeitlich vergleichbare Wanderungszahlen für 401 deutsche Kreise beinhalten.

1.3.1 Wanderungsgeschehen allgemein

Im Jahr 2018 wechselten gut 3,9 Millionen Menschen ihren Wohnsitz über die Gemeindegrenzen innerhalb Deutschlands. Für rund 2,8 Millionen Menschen ging das zudem mit einem Umzug in einen anderen Kreis einher. Damit verlagerten im Jahr 2018 gut 3 % der Gesamtbevölkerung ihren Wohnsitz in einen anderen Kreis. Der Anteil der Menschen, die innerhalb eines Kalenderjahres in einen anderen Kreis umzogen, ist über den Zeitraum 1991 bis 2018 relativ stabil geblieben und lag lediglich in den Jahren 2015 und 2016 mit gut 4 % etwas höher. Dieser kurzzeitige Anstieg lässt sich vor allem auf die in diesen Jahren erhöhte Zuwanderung aus dem Ausland zurückführen, da die Verteilung von Schutzsuchenden nach festen Quoten (Königsteiner Schlüssel) sowie die Weiterverteilung über Erstaufnahmeeinrichtungen als Umzüge in der Wanderungsstatistik erfasst werden. Im internationalen Vergleich ist Deutschland mit einer jährlichen Binnenwanderungsquote von rund 3 % als ein moderat mobiles Land zu bezeichnen. Die Wohnbevölkerungen nord-europäischer Länder wie Finnland oder Dänemark sind deutlich mobiler, während in südeuropäischen Ländern wie Spanien oder Italien ein geringeres Mobilitätsverhalten der Menschen zu konstatieren ist.

Im Allgemeinen lässt sich feststellen, dass räumliche Mobilität stark mit dem Lebensalter variiert. Insbesondere junge Erwachsene neigen aufgrund vermehrter Lebenslaufübergänge (zum Beispiel zu Beginn einer Ausbildung, eines Studiums oder beim Arbeitsmarkteinstieg) häufiger zu Ortswechseln als ältere Personen. So veränderten im Jahr 2018 rund 8 % der 18- bis 24-Jährigen und 10 % der 25- bis 29-Jährigen über Kreisgrenzen ihren Wohnsitz. In den älteren Alters-

gruppen ist dieser Anteil deutlich geringer: Bei den 30- bis 49-Jährigen sind es 4%, bei den 50- bis 64-Jährigen 1% und bei den über 64-Jährigen ebenfalls nur 1% der Bevölkerung. Das Wanderungsgeschehen in Deutschland wird demnach überproportional durch die jüngere Bevölkerung bestimmt.

Die errechnete durchschnittliche Distanz eines Wohnsitzwechsels betrug im Jahr 2018 rund 65 Kilometer. Zu Beginn der 1990er-Jahre und um die Jahrtausendwende war dieser Wert mit mehr als 72 Kilometern höher, was unter anderem auf das damals stark erhöhte Wandervolumen zwischen den neuen Bundesländern und dem früheren Bundesgebiet zurückzuführen ist.

1.3.2 Wanderungen zwischen Bundesländern und Kreisen

Knapp zwei Drittel der 2,8 Millionen Umzüge über Kreisgrenzen ereigneten sich im Jahr 2018 innerhalb einzelner Bundesländer, zumeist zwischen Städten und dem zugehörigen Umland. Gut ein Drittel der Umzüge (1,1 Millionen) verlief über die Grenzen von Bundesländern. Basierend auf diesen 1,1 Millionen Um-

zügen verzeichneten Brandenburg, Bayern und Schleswig-Holstein die größten Wanderungsgewinne. Die höchsten Wanderungsverluste wiesen hingegen Nordrhein-Westfalen und Berlin auf (zu Binnenwanderung zwischen Bundesländern siehe auch Kapitel 1.1.3, Seite 19).

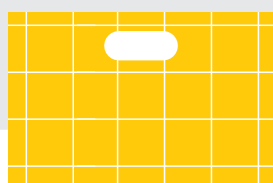
Da einzelne Regionen innerhalb eines Bundeslandes erhebliche Unterschiede in Hinblick auf Zu- und Fortzüge verzeichnen können, lohnt sich eine gesonderte Betrachtung des Wanderungsgeschehens auf regionaler Ebene. Abbildung 1 veranschaulicht die Wanderungssalden aus dem Jahr 2018 für alle 401 Kreise. Es fällt auf, dass die an Berlin angrenzenden Kreise Brandenburgs aufgrund der Stadt-Umland-Wanderungen deutlich positive Salden aufweisen, während die weiter von Berlin entfernt liegenden Kreise Brandenburgs deutlich weniger von Binnenwanderung profitieren oder sogar an Bevölkerung verlieren. Ein weiteres Beispiel für ein Bundesland mit deutlichen Wanderungsunterschieden auf Kreisebene ist Sachsen. So profitiert die Stadt Leipzig und deren Umland von der derzeitigen Entwicklung der Binnenwanderung, während sich für die südlichen Kreise Sach-

sens Bevölkerungsrückgänge zeigen. Insgesamt verzeichnet für das Jahr 2018 ein höherer Anteil der kreisfreien Städte in den neuen Ländern (44%) positive Wanderungssalden als im früheren Bundesgebiet (18%). Ländliche und periphere Kreise in den neuen Ländern profitieren dagegen weniger von den derzeitigen innerdeutschen Wanderungsbewegungen und sind auch weiterhin häufiger von Bevölkerungsrückgängen betroffen. Dem entsprechend weist ein geringerer Teil (58%) der ländlichen Kreise in den neuen Ländern positive Wanderungssalden auf als im früheren Bundesgebiet gelegene ländliche Kreise (73%). ▶ [Abb 1](#)

Seit der deutschen Vereinigung prägen Umzüge zwischen den neuen Ländern und dem früheren Bundesgebiet die Binnenwanderung in Deutschland. Nach teils erheblichen Wanderungsverlusten im Osten Deutschlands, bedingt durch eine hohe Abwanderung aus den neuen Bundesländern in das frühere Bundesgebiet in den ersten beiden Jahrzehnten nach der deutschen Vereinigung, ist der Wanderungssaldo zwischen den beiden Gebieten derzeit weitestgehend ausgeglichen (siehe auch Kapitel 1.1.3, Seite 19).

10

Prozent der 25- bis 29-Jährigen verlagerten 2018 ihren Wohnsitz über Kreisgrenzen hinweg.



2,8

Millionen Umzüge gab es im Jahr 2018 über Kreisgrenzen hinweg.

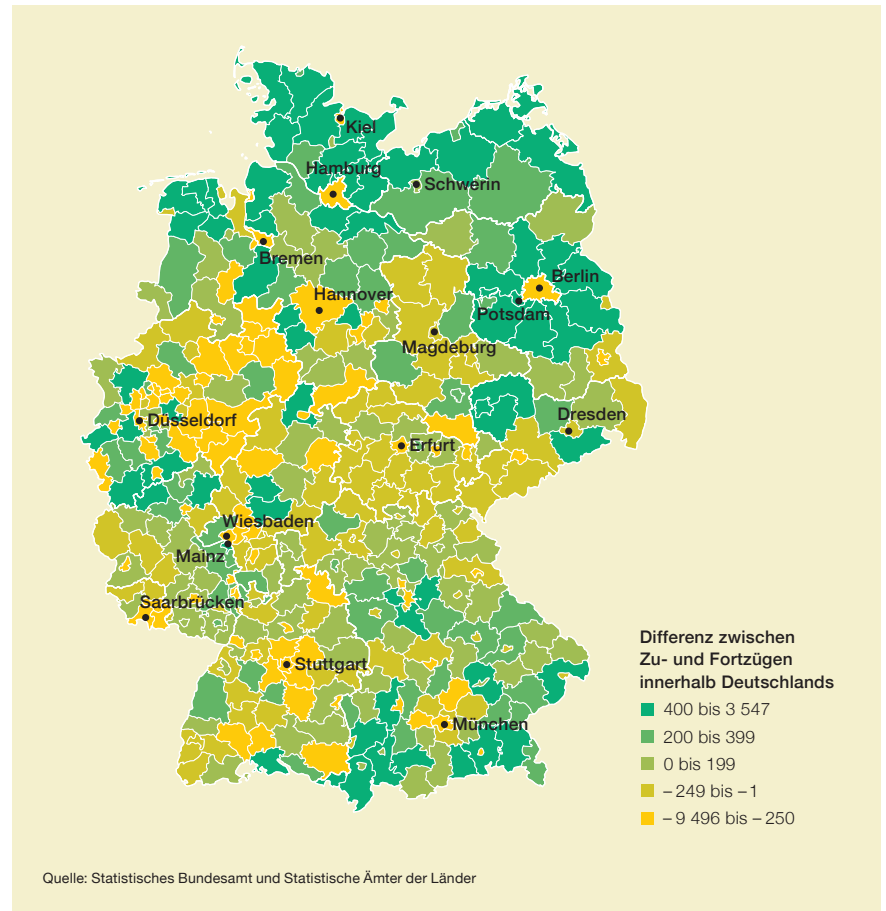
Ein Blick auf die Wanderungsbewegungen nach Altersgruppen zeigt allerdings einen fortbestehenden Trend zur Abwanderung junger Menschen aus den neuen Ländern in das frühere Bundesgebiet. Negative Wanderungssalden gegenüber dem früheren Bundesgebiet fanden sich für die neuen Bundesländer im Jahr 2018 vor allem in den Altersgruppen der 18- bis 24-Jährigen (Bildungswanderer) und der 25- bis 29-Jährigen (Arbeitsmarkteinsteiger). Für die Familienwanderer (unter 18-Jährige und 30- bis 49-Jährige) sowie ältere Personen über 50 Jahre sind für die neuen Länder hingegen Wanderungsgewinne gegenüber dem früheren Bundesgebiet zu konstatieren. ▶ Tab 1

Auch hinsichtlich des Geschlechts existieren Unterschiede im Wanderungsverhalten zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern. Direkt nach der Wiedervereinigung zogen deutlich mehr Männer als Frauen aus dem früheren Bundesgebiet in die neuen Länder. Im Gegensatz dazu wanderten im ersten Jahrzehnt nach der deutschen Vereinigung etwas mehr Frauen als Männer aus den neuen Ländern in das frühere Bundesgebiet. Die selektiven Wanderungsbewegungen sind damit eine grundlegende Ursache für die Männerüberschüsse insbesondere in den ländlichen Gebieten der neuen Länder. Auch im Jahr 2018 wanderten mehr Männer als Frauen aus dem früheren Bundesgebiet in die neuen Bundesländer. Außerdem ist eine stärkere Abwanderung von Männern im Vergleich zu Frauen aus den neuen Ländern zu beobachten. Ländliche Gebiete in den neuen Ländern sind allerdings weiterhin durch eine Abwanderung junger Frauen geprägt. Dies ist unter anderem eine Folge der erhöhten Umzugsneigung von Frauen gegenüber Männern in die städtischen Regionen, was allerdings ebenso im früheren Bundesgebiet zu beobachten ist.

1.3.3 Stadt-Land-Wanderungen

Neben der langjährigen Abwanderung aus den neuen Bundesländern in das frühere Bundesgebiet ist die regionale Bevölkerungsentwicklung maßgeblich durch

▶ Abb 1 Wanderungssalden für Kreise 2018



▶ Tab 1 Altersstruktur der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 2018 — in Tausend

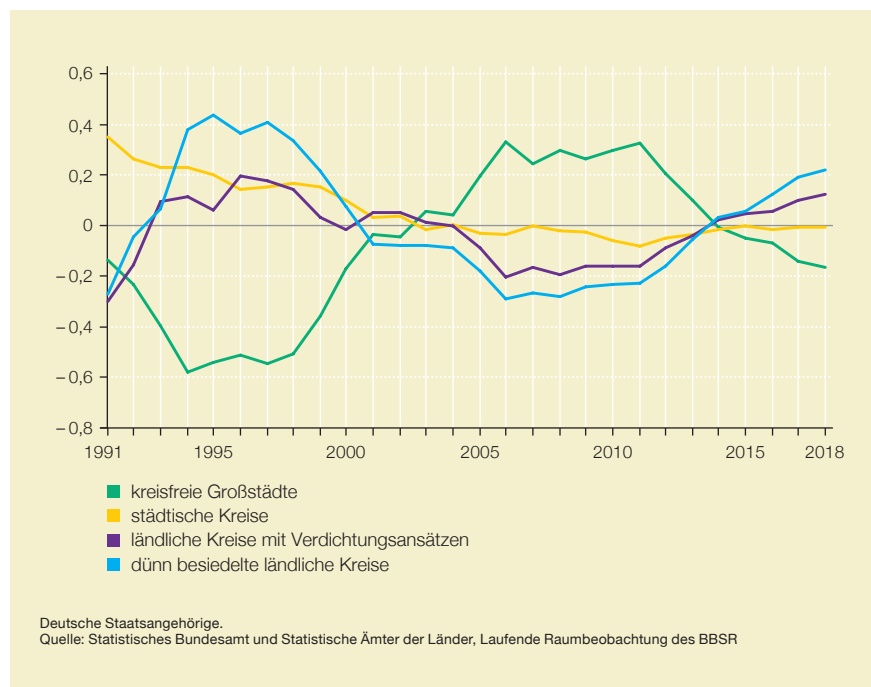
	Umzüge aus dem früheren Bundesgebiet in die neuen Länder	Umzüge aus den neuen Ländern in das frühere Bundesgebiet	Saldo
Unter 18 Jahren	11,1	10,2	0,9
18–24 Jahre	17,2	18,8	-1,6
25–29 Jahre	14,6	18,2	-3,6
30–49 Jahre	29,8	28	1,8
50–64 Jahre	10,2	7,4	2,8
Ab 65 Jahren	6,9	6,6	0,3

Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Ämter der Länder

Wanderungen zwischen ländlichen, städtischen und suburbanen Gebieten gekennzeichnet. Zur Abgrenzung verschiedener Raumtypen wird im Folgenden die Raumklassifikation des Bundesinstituts für

Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) verwendet. Anhand dieser Klassifikation kann jeder der 401 deutschen Kreise einer von vier Kategorien zugeordnet werden: kreisfreie Großstadt, städtischer, ländlicher

► **Abb 2** Wanderungen für verschiedene Raumtypen 1991–2018 – Nettowanderungsraten in Prozent



► **Tab 2** Altersstruktur der Wanderungen für verschiedene Raumtypen 2018 – Nettowanderungsraten in Prozent

	Kreisfreie Großstädte	Städtische Kreise	Ländliche Kreise	Dünn besiedelte ländliche Kreise
Unter 18 Jahren	-1,1	0,3	0,6	0,7
18–24 Jahre	3,7	-1,4	-2,2	-2,3
25–29 Jahre	1,1	-0,6	-0,6	-0,6
30–49 Jahre	-1,0	0,3	0,6	0,7
50–64 Jahre	-0,3	0,0	0,2	0,3
Ab 65 Jahren	-0,2	0,0	0,1	0,2

Deutsche Staatsangehörige.
Datenbasis: Statistisches Bundesamt und Statistische Ämter der Länder, Laufende Raumbeobachtung des BBSR

sowie dünn besiedelter ländlicher Kreis. Abbildung 2 zeigt die Nettowanderungsraten deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger für verschiedene Raumtypen über den Zeitraum 1991 bis 2018. Nettowanderungsraten geben den Prozentwert von Bevölkerungsgewinnen oder -verlusten im Verhältnis zur Einwohnerzahl des jeweiligen Kreises an. Eine Nettowanderungsrate von 1 % bedeutet demnach, dass eine Region einen

Wanderungsgewinn von einer Person je 100 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnet. ► [Abb 2](#)

Zunächst fällt auf, dass sich die Wanderungsmuster in den letzten drei Jahrzehnten mehrfach gewandelt haben. Unmittelbar nach der deutschen Vereinigung setzte eine Phase der Suburbanisierung ein, in der vor allem die ländlichen Kreise Bevölkerungsgewinne aufwiesen. Die kreisfreien Großstädte hingegen ver-

zeichneten im Zeitraum 1991 bis 1999 Wanderungsverluste. In den Jahren 2000 bis 2004 war die Wanderungsbilanz zwischen städtischen und ländlichen Räumen weitgehend ausgeglichen. Ab dem Jahr 2005 waren jedoch Wanderungsgewinne für die kreisfreien Großstädte und eine Phase der Urbanisierung (Verstädterung) zu beobachten, die bis etwa ins Jahr 2011 andauerte. Auf dem Höhepunkt dieser Urbanisierungsphase lag der Wanderungsgewinn bei rund 0,4 Personen je 100 Einwohnerinnen und Einwohner. Für eine Großstadt mit 500 000 Einwohnerinnen und Einwohnern bedeutet dies einen Bevölkerungsgewinn von durchschnittlich 2 000 Personen im Jahr. Die ländlichen Kreise verzeichneten im Zeitraum 2005 bis 2011 hingegen Bevölkerungsverluste von rund 0,2 % und 0,3 %. Ab dem Jahr 2011 begann eine erneute Trendumkehr und ab 2014 verzeichneten die kreisfreien Großstädte wieder Wanderungsverluste gegenüber den ländlichen Kreisen. Diese Entwicklung deutet auf eine erneute Suburbanisierungsphase in Deutschland hin.

Auch die Wanderungsmuster für verschiedene Raumtypen variieren stark mit dem Lebensalter. Gerade junge Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren ziehen besonders häufig für eine Ausbildung, ein Studium oder den Berufseinstieg von ländlichen in städtische Regionen. Zu einem etwas geringeren Grad gilt dies auch für die 25- bis 29-Jährigen. Die sogenannten Familienwanderer (unter 18-Jährige und 30- bis 49-Jährige) zieht es dagegen häufiger in kleinere städtische Kreise oder ländliche Gebiete. Diese Entwicklung ist ebenso bei den 50- bis 64-Jährigen und den über 64-Jährigen zu beobachten, wobei Personen dieser Altersgruppe insgesamt deutlich seltener umziehen. ► [Tab 2](#)

1.3.4 Zusammenfassung

Binnenwanderung ist im Kontext niedriger Geburtenraten und einer relativ stabilen hohen Lebenserwartung in Deutschland von grundlegender Bedeutung für die regionale Bevölkerungsentwicklung

und deren Altersstruktur. Nach der deutschen Vereinigung waren die innerdeutschen Wanderungsbewegungen durch eine erhebliche Abwanderung aus den neuen Ländern in das frühere Bundesgebiet gekennzeichnet. Gegenwärtig kann von einem ausgeglichenen Wanderungssaldo zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern gesprochen werden, wobei sich momentan sogar leichte Wanderungsgewinne zugunsten Letzterer zeigen. Nach wie vor verzeichnen die neuen Bundesländer bis zum heutigen Zeitpunkt Wanderungsverluste junger Erwachsener im Alter von 18 bis 29 Jahren. Dagegen wächst deren Bevölkerung bei den unter 18-Jährigen und 30- bis 49-Jährigen sowie bei älteren Personen (50- bis 64-Jährige, 65-Jährige und Ältere). Bezogen auf die Umzüge zwischen ländlichen und städtischen Kreisen findet, nach einer gut zehnjährigen Phase der verstärkten Wanderung in die Städte, seit 2014 wieder eine Wanderung in Umlandregionen statt. So konstatierten im Jahr 2018 überwiegend ländlich geprägte Kreise Bevölkerungszuwächse, während kreisfreie Großstädte durch Binnenwanderung an Bevölkerung schrumpften. Trotz dieses Wandels werden weiterhin vermehrt junge Erwachsene (18- bis 29-Jährige) von den kreis-

freien Großstädten angezogen. Die ländlichen Kreise hingegen verlieren im Allgemeinen an jungen Erwachsenen und verzeichnen Bevölkerungszuwächse bei den 30- bis 49-Jährigen sowie bei älteren Personen (50- bis 64-Jährige, 65-Jährige und Ältere).

Insgesamt verdeutlichen die Auswertungen zur Binnenwanderung in Deutschland, dass sich zwei dominante Binnenwanderungsmuster der letzten Jahrzehnte im Wandel befinden: Erstens haben sich die Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern angeglichen und zweitens verzeichnen die Umlandregionen nach einer gut zehnjährigen Phase der Urbanisierung wieder Wanderungsgewinne gegenüber den kreisfreien Städten. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass der derzeit ausgeglichene Wanderungssaldo zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern die erheblichen Bevölkerungsverluste seit der deutschen Vereinigung keineswegs kompensiert. Zudem führt die Abwanderung junger Menschen in die Städte auch weiterhin zu einem Anstieg des Altersdurchschnitts insbesondere in peripheren ländlichen Räumen. Diese Entwicklung ist sowohl in den neuen Bundesländern als auch im früheren Bundesgebiet zu beobachten.